

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1930**

65 (18.3.1930)

# Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

**Anzeigenpreise** Die 10 gespaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Reklame-Millimeterzeile 40 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, bei der Nichterhaltung des Platzes, bei geschäftlicher Dürftigkeit und bei Anrufen außer Kraft tritt. Geschäftsverträge sind in Karlsruhe L. 2. o. S. 10. Die Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

**Beilagen: Illustrierte Wochen-Beilage „Volk und Zeit“**  
**Die Musik- und Sport- und Spiel- / Heimat- und Wandern**  
**Sozialistisches Jungvolk / Frauenfragen — Frauenthums**

**Bezugspreis** monatl. 2,50 Mk. o. ohne Zustellung 2,20 Mk. o. durch die Post 2,00 Mk. Einzelpreis 10 Pf. Sonntags 15 Pf. o. Geschäftl. 6 und wöchentlich vor mittags 11 Uhr o. Postfachkonto 2650 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. 2., Waldstraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Volksfreund-Verlag: Durach, Mozartstraße 22; Baden-Baden, Kaiserstraße 6; Rastatt, Rosenstraße 2; Offenburg, Gutenbergstraße 81

Nummer 65 Karlsruhe, Dienstag, den 18. März 1930 50. Jahrgang

## Ministerpensionen verringert

**Fortschritt der Siedlungspolitik / Ausbau der Angestelltenversicherung**

Berlin, 17. März. (Eig. Draht.) Der Reichstag erledigte am Montag ohne Aussprache die dritte Beratung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse des Reichskanzlers und der Reichsminister. Der Gesetzentwurf wurde im wesentlichen nach den Beschlüssen der zweiten Beratung unverändert angenommen. Nur der Paragraph 18 erhielt nach einem Antrag der Regierungsparteien eine andere Fassung. Demnach hat ein Reichsminister, der bei Ausübung seines Amtes oder im Zusammenhang mit seiner Amtsausübung ohne eigenes Verschulden eine Gesundheitsbeschädigung erlitten hat, die seine Arbeitsfähigkeit wesentlich und dauernd beeinträchtigt, einen Anspruch auf eine Rente. Diese darf jedoch nicht mehr als 20 vom Hundert seines Ministerertrags betragen und kann nur bei besonderen Verhältnissen bis auf 35 vom Hundert erhöht werden.

vier Gesetzentwürfe: Die Erhöhung der Biersteuer, das Mineralwassersteuergesetz, die Zollerhöhungen für Benzin und Benzol und die Vorverlegung der Termine bei der Zuckersteuer und Tabaksteuer.

### Reichsregierung gegen Feld

Berlin, 18. März. (Gundendienst.) Der bayerische Ministerpräsident hat dieser Tage wieder einmal eine Rede gehalten, in der er sich u. a. auch mit dem Vorschlag und mit den Bestrebungen der Reichsregierung zur Rassenanerkennung beschäftigte. Die Rede betrifft das Maß des sachlich zulässigen bei weitem. Das Reichsministerium hat deshalb den Reichskanzler einstimmig ersucht, in München um die dringend notwendige Klärung zu ersuchen. Die Germania stellt dazu fest: „Wir wollen davon absehen, daß die bayerische Volkspartei — einschließlich des Ministerpräsidenten Feld — um ein Haar dem Vorschlag ausgetrieben hätte: Rassistisch dann, wenn gewisse bayerische Sonderinteressen von deren Befriedigung sie ihr ja abhängig machte, noch im letzten Augenblick Berücksichtigung gefunden hätten. Schon diese Tatsache spricht sehr gegen die selbstsame Tonart, die Ministerpräsident Feld von der bayerischen Volkspartei sich anzuflagen bemüht.“

## Frühjahrsbelegung auf südwestdeutschem Arbeitsmarkt

**Rückgang der Erwerbslosen um 8260 Personen!**

Das Landesarbeitsamt Südwestdeutschland teilt mit: In der Berichtswoche vom 6. bis 12. März war im Bezirk des Landesarbeitsamtes Südwestdeutschland dank günstiger Witterungsverhältnisse erstmals eine merkliche Entlastung der Arbeitslosenversicherung zu verzeichnen. Der Stand an unterstützten Arbeitslosen war am 12. März 1930 folgender: In der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung 115 463 Personen (100 458 Männer, 15 005 Frauen), in der Krisenunterstützung 13 850 Personen (10 888 Männer, 2962 Frauen). Die Gesamtzahl der Unterstützten fiel am 12. März 1930 gegenüber dem Stand am 12. März 1929 um 6 Prozent von 137 573 Personen (119 454 Männer, 18 119 Frauen) auf 129 313 Personen (111 346 Männer, 17 967 Frauen); davon kamen auf Württemberg 53 007 gegen 57 424 und auf Baden 76 306 gegen 80 149 am 5. März 1930. Die Zahl der Arbeitslosen unter 16 Jahren erhöhte sich auf 3750 Mann. Im Gesamtbezirk des Landesarbeitsamtes Südwestdeutschland kamen am 12. März 1930 auf 1000 Einwohner 25,7 Hauptunterstützungsempfänger gegen 30,6 am 13. März 1929.

### Deutsch-polnisches Wirtschaftsabkommen

Das deutsch-polnische Wirtschaftsabkommen ist in Warschau unterzeichnet worden.

## Schlub mit Riesengehältern!

### Sozialdemokratischer Vorstoß gegen Direktorengehälter bei Reichsbank und Reichsbahn

Nach den Ausschlußbeschlüssen können auch Arbeitnehmer in der Landwirtschaft, auch ländliche Handwerker Reichsmittel für eine Zeit bis zu zehn Jahren als Zuschüsse zu den Zins- und Tilgungszahlungen bei Anfordungen gewährt werden. Der Reichssozialminister kann die Gewährung dieser Zuschüsse auch auf ländliche Arbeitnehmer, deren Tätigkeit mit der Landwirtschaft zusammenhängt, ausdehnen.

In der Bevölkerung herrscht begreiflicher Unwille darüber, daß für die leitenden Stellen bei der Reichsbank und der Reichsbahn außerordentlich hohe Gehälter gezahlt werden. Es werden fantastisch klingende Beträge genannt, die beispielsweise der frühere Reichsbankpräsident Schacht erhalten soll. Bis jetzt ist noch keine authentische Erklärung darüber abgegeben worden, wie hoch diese Beträge in Wirklichkeit sind. Schacht hat lediglich geäußert, daß die Angaben in der Presse über seinen Gehalt übertrieben seien und er keinerlei Abfindung erhalte.

zung erjucht wird, dem Reichstag umgehend eine Zusammenstellung vorzulegen, die das Folgende enthält:

1. Die sämtlichen Besätze des Präsidenten und der Mitglieder des Direktoriums der Reichsbank und die sämtlichen Vergütungen, die die Mitglieder des Generalrats der Reichsbank erhalten.
2. Die sämtlichen Besätze des Generaldirektors, der Direktoren und der Direktionspräsidenten, überhaupt der 280 höheren Beamten der Reichsbank und die sämtlichen Vergütungen, die die Mitglieder der Reichsbank erhalten.

Die Reichsregierung wird ferner ersucht, mitzuteilen, was sie gegen die Verbindung von geschäftlichen Interessen und öffentlichen Aufgaben wie sie auf Grund der Damesogese beim Verwaltungsrat der Reichsbank bisher zulässig war, nach Annahme des neuen Reichsbankgesetzes zu tun gedenkt.

Die sozialdemokratische Entschließung ist bei der dritten Lesung des neuen Reichsbankgesetzes angenommen worden. Bei der Durchführung der jetzt beschlossenen Reichsbank- und Reichsbankgesetze würde dahin zu streben sein, eine Neuregelung der Besätze der leitenden und hohen Beamten dieser Institutionen vorzunehmen.

## Warum Regierungsbeteiligung?

### Erklärungen Hermann Müllers

Die von Reichsrat verabschiedeten Steuervorläge sind dem Reichstag zugegangen. Es handelt sich um

Aus Anlaß der Anwesenheit des Reichskanzlers Genossen Hermann Müller hielt die sozialdemokratische Partei Württembergs eine Bezirksorganisationsversammlung für Württemberg ab, in der sich nach einem Referat des Genossen Müller über die politischen Kämpfe der letzten Woche im Anschluß an die Ausführungen zweier Diskussionsredner auch Hermann Müller in längerer Rede über die politische Lage verbreitete. Der Reichskanzler legte dar, daß das Ziel seines Kabinetts die Verbindung Europas und die Schaffung einer günstigeren Atmosphäre für Deutschland gewesen sei und daß dieses Ziel nunmehr nach der Verabschiedung der Youngsesehe näherliege. Er kam sodann auf die steuerpolitischen Kämpfe zu sprechen und legte die Bemerkung dar, die sich aus einer Regierungscoalition bestehend aus fünf Parteien mit den verschiedensten Anschauungen und Interessen unvermeidlich ergebe. Für ein Nototiv in Form eines Zuschlags zur Einkommensteuer sei im Kabinett mit Ausnahme der Bayerischen Volkspartei keine Partei zu gewinnen gewesen. Das Zentrum habe sich mehr für ein Sonderotiv der Festbeschlüsse erwärmt. Gegenüber der oft gehörten Redensart, daß nichts erreicht sei, verwies er auf den nunmehr erzielten großen Erfolg in der Außenpolitik, auf die Erhaltung des Schlichtungswegs und der Arbeitslosenversicherung über die Zeit einer der schwersten wirtschaftlichen Krisen hinweg, und stellte ferner fest, daß

### Feststellungen Kemmels

Auf dem Delegiertentag der sozialdemokratischen Ortsvereine Groß-Mannheim am vorgestrigen Sonntag in Friedrichsfeld bildete den Höhepunkt der Diskussion die interessanten Ausführungen unseres badischen Kultusministers und Mannheimer Reichstagsabgeordneten Kemmels, der sich nach einer anerkennenden Würdigung der erfolgreichen Arbeit im Unterbezirk Mannheim mit einigen Fragen der Reichspolitik beschäftigte und dabei auf die ernste Sorge hinwies, die jeden erfüllt, der die Dinge genau beobachtet, die sich gegenwärtig im Reich vollziehen. Mehr denn je zeigte sich heute der große Riß in der Politik, der zwischen den Interessenten der Besten und Nichtbesten besteht. Jeder Finanzminister müsse mit den Interessen der Besten in Konflikt kommen, wenn er veruche seinen Haushalt auszugleichen. In jeder Koalition sei die Deutsche Volkspartei das Sprengpulver.

Das Parlament verträge durch ungewöhnliche Arbeitsweise ein ungeheures Maß von Zeit und der Reichstag herrsche über die Regierung, weshalb Entscheidungen oft allzulange hinausgeschoben würden. Wir haben heute zu kämpfen um die Ertragsmöglichkeiten auf sozialpolitischem und wirtschaftlichem Gebiet, der Kampf müsse aber auch aufgenommen werden gegen die Subventionen aus der Reichskasse. Weder habe das deutsche Volk bei den Wahlen die Basis geschaffen für eine bürgerliche noch für eine Linksregierung. Wenn die Sozialdemokratie heute die Regierung verlasse, so folge auf dem Fuß das Beispiel von Sachsen und Thüringen.

Es gelte darum heute zu verteidigen und zu erhalten, was in schweren Kampfjahren errungen wurde.

Es wäre darum ungeschickt, jetzt aus der Regierung auszusteigen und vielleicht eine bürgerliche Minderheitsregierung zu tolerieren. Eingehend äußert sich dann Minister Kemmels zu den Steuerentwürfen der Regierung und glaubt, daß sie in ganz wichtigen Punkten von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion abgelehnt werden müssen.

Zum Schluß betonte der Redner, daß wir uns mit diesen Krankheitserscheinungen des bürgerlichen Staates abfinden müßten solange, bis eine Mehrheit des deutschen Volkes die bürgerliche Vorkherrschaft beiseite

### Ausbau der Angestelltenversicherung.

Dieser Gesetzentwurf will u. a. die Zahl der ehrenamtlichen Direktionsmitarbeiter erhöhen, um den Einfluß der ehrenamtlichen Beamten zu stärken. Ferner sieht der Entwurf in Uebereinstimmung mit dem Versorgungsrecht vor, daß im Falle der Scheidung der Ehe die frühere Ehefrau des Versicherten gewährt wird. Die Mehrzahl aus dieser Veränderung kann nur sehr gering sein, denn von den Landesversicherungsanstalten Invalidenrenten festgesetzt worden sind, waren nur 370 geschieden. Wenn eine weibliche Rentnerin nach erfüllter Wartzeit heiratet, so steht nach § 62 des Angestelltenversicherungsgesetzes ein Anspruch auf Erstattung der Versorgungsbeiträge zu. Die Verwaltungsübung der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte hat die Erstattung bisher auch schon nicht verweigert, wenn die Wartzeit bei der Heirat noch nicht erfüllt war. Diese Verwaltungsübung wird durch den Entwurf zum Gesetz erhoben. Der Gesetzentwurf enthält noch eine Reihe von weiteren Bestimmungen, die eine Steigerung der Leistungen bedeuten. Eine Erhöhung der Renten enthält der Entwurf nicht. Das ist insofern auffällig, als der Reichsarbeitsminister schon vor einiger Zeit für eine Erhöhung der Renten eingetreten ist. Man kann also annehmen, daß seine alte Absicht im Reichskabinett von den bürgerlichen Ministern abgelehnt worden ist. Neu eingeführt werden die Elternrenten für Witwen, die ihre Eltern unterstützen müssen. Bedenklich ist, daß nach dem Entwurf die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte der Zustimmung der gesamten Reichsversammlung bedarf.

im Reichsetat 1913 etwa 2 Milliarden für militärische und nur 58 Millionen für soziale Zwecke enthalten waren, 1930 dagegen 700 Millionen für militärische und 1164 Millionen für soziale Zwecke ohne die Kriegsschädigtenfürsorge.

Hermann Müller schloß mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß sich aus dem Abschluß der internationalen Auseinandersetzungen und aus der Stärkung des deutschen Geldmarktes durch den deutschen Anteil an der Reparationsanleihe und dem Zufluß der Kreuzeranleihe eine Befruchtung und Neubebung der deutschen Wirtschaft ergebe werde, die auch den Arbeitsmarkt entlasten und die Arbeitslosigkeit eindämmen werde.

Die Ausführungen Hermann Müllers wurden mit starkem Beifall aufgenommen.

Der Gesetzentwurf wurde dem sozialpolitischen Ausschuss über-

# 18. März

Die deutsche Arbeiterkassette hat sich die Gedenkfeste an die Kämpfe und Kämpfer des 18. März auch in der schlimmsten Zeit der Reaktion nicht nehmen lassen. Sie hat die Männer, die einstmalig auf den Barrikaden ihr Leben für den Sieg der „bürgerlichen“ Revolution einsetzten, als Vorkämpfer auch für die Sache der Arbeiterkassette angesehen und geehrt.

Mit Recht! Die Märzherbeutung war keineswegs eine bloße Angelegenheit des dritten Standes. Es war eine Erhebung der ganzen breiten Volksmasse einschließlich der gewerblichen Lohnarbeiterschaft gegen den feudal-absolutistischen Staat. Ein Volksaufstand anfänglich von solcher Geschlossenheit und Wucht, daß die Herren des alten Systems erschreckt zurückwichen und in der ersten Angst sich zur Erfüllung aller revolutionären Forderungen bereit erklärten. Das Volk hatte im Laufe weniger Tage auf der ganzen Linie gesiegt.

Wie kam es aber, daß dieser rasche völlige Sieg sich binnen Jahresfrist in eine völlige Niederlage verwandelte? — Daran waren weder die zu langen Reden der Männer in der Paulstraße noch die staatsmännische Schläue der alten Gewalttäter. Daran war in erster Linie das Volk selbst schuld. Die geschlossene Kämpferfront der Märztagelagerung löste sich sehr bald in scharf getrennte Heerlager auseinander, die sich mit Mißtrauen und wachsender Erbitterung und schließlich in offenem Kampf gegenübertraten.

Da standen auf der einen Seite die Fürsprecher einer konstitutionellen Verfassung mit monarchistischer Spitze. Für diese Lösung trat die große Mehrheit der Frankfurter Nationalversammlung ein, wobei ein Teil dem Haus Habsburg, ein anderer dem König von Preußen die führende Stellung zuweisen wollte. Der rechte, dem alten feudal-absolutistischen System getreue Flügel war schwach. Zwar schwach an Zahl war auch der linke Flügel, aber er war sehr stark an rücksichtsloser Aktivität innerhalb und außerhalb des Parlaments. Er hatte die Republik auf seine Fahne geschrieben, die großdeutsche Einheitsrepublik mit Hinnwegsetzung aller Landes- und inneren Landesgrenzen. Hinter ihm standen hauptsächlich Kleinbürgerliche und die proletarischen Volkschichten.

Der soziale Gegensatz zwischen dem durch Besitz, Bildung und Stellung gehobenen Bürgertum und der proletarischen Arbeitermasse spielte in der 1848er Revolution schon eine viel größere und für ihren Verlauf viel entscheidendere Rolle, als das allgemein bekannt ist. Die erste materialistische und tiefgründige Darstellung dieses Gegensatzes hat das Buch des vor kurzem gestorbenen Genossen Dr. Dard: „Die erste deutsche Arbeiterbewegung“ gegeben. Nicht nur, daß lokale Arbeitervereine und Versammlungen mit Arbeiterführerforderungen weitgehender Art an die Nationalversammlung herantraten und daß sich die soziale Notlage der Arbeiterkassette in zahlreichen heftigen Lohnkämpfen und Aufständen entlud, es gab auch bereits eine große, auf zentralen Zusammenschluß gerichtete Organisationsbewegung mit dem Ziel eines proletarischen Kampfbundes. Ihr Hauptführer war der Schriftsteller Stefan Born, der aus der Schule von Marx-Engels kam und mit diesen in reger Verbindung stand. Die geistige Zentrale der damaligen Arbeiterbewegung aber war die Rheinische Zeitung in Köln, an der Karl Marx selbst leitend tätig war. Und schon Anfang 1848 hatte man in die bürgerlich-politische Bewegung Deutschlands eine proletarische Kampfanlage allerhöchster Art hineingeschleudert: Das kommunistische Manifest.

Warum es gut ist, sich das heute ins Gedächtnis zu rufen? Weil wir uns zur Zeit in einer innerpolitischen Situation befinden, die — so verändert die Verhältnisse, äußerlich gesehen, sich auch ausnehmen mögen — doch die gleiche Gefahr wieder am Horizont sich abzeichnen läßt. Im Jahre 1849 haben Proletarier im Soldatenrock der demokratischen Bewegung den Rest gegeben. Sorgen wir dafür, daß sich so etwas für Deutschland niemals mehr wiederholen kann!

Das sei unser Gedächtnis zum 18. März!

## Die neue Sprengstoffaffäre

Für die Ergreifung der Sprengstoffaffären in Schleswig-Holstein hat der Regierungspräsident eine Belohnung von 5000 M. ausgesetzt.

# Der Eskimo

Ein Roman von der Hudson-Bai von Peter Freuchen  
Copyright by Solfax-Verlag, Berlin

Die Jagdtruppe war vorbei, Mase erinnerte sich wieder, daß er Beamter, obenbrein Hüter der Ordnung war, und er machte sich eiligst auf den Heimweg, um zu hören, ob neue Meldungen über den Mörder Mala eingetroffen waren. Als sie vor dem Hause standen, gleich Mase allem andern eher als einem Beamten in Dienst. Gewaschen hatte er sich seit langem nicht, und seine Stiefel waren ausgeleert. Es waren schwere, nageelbesetzte Stiefel, aber die Steine in den Bergen waren härter gewesen, und sein Zeug war zerfetzt. Ja, es war ein richtiger Sergeant, der heimkam, ein Mann, der Mannesleben liebte.

Gebürtig hieß der Konstabler, der das Kommando und die Schlüssel über die Vorratskammer hatte. Die hatte er recht einseitig benützt. Meistens, um sich den Alkohol anzusehen, und von dem gab es viel. Die ersten drei Tage hatten die drei Männer nur versucht, sich den Dursch zu vertreiben, den Mase um sich verbreitet hatte. Als aber der Wein einging, ging der Versuch aus. Noch eine Flasche, noch eine kam. Auch die Eskimos bekamen zu trinken, die Männer zuerst, dann die Frauen, und alles endete in einem wirren Durcheinander.

In dem Tage, als Mase heimkam, war der Gipfelpunkt erreicht, und er hatte einen Anblick, der ihn entsetzte. Waren das die Männer, auf die er sich verlassen hatte und mit denen er mindestens ein Jahr zusammenleben sollte?

In seinem eigenen Bett lag einer der Konstabler mit einer halbgeleerten Flasche im Arm. Er schief wie ein Kommissar, hatte ein rotes, aufgedunnenes Gesicht, und als er ihn wedte, befand er sich in einem wilden Rausch. In den andern Stuben lagen die Eskimos und die zwei Konstabler durcheinander. Einige schliefen, andere waren nicht imstande, aufrecht zu stehen. Das Haus sah aus, als sei seit Mases Abreise nicht aufgeräumt worden. Auswurf und Schmutz, umgeworfene Stühle, zerfetzte Bilder lagen überall herum. Es sah hoffnungslos aus, aber Mase machte sich sofort an die Arbeit.

Er fing damit an, daß er sie, einen nach dem andern, zum Haus hinaustrug. Und obwohl sie protestierten und Widerstand leisteten, kamen sie alle hinaus; sie waren schwach wie Kranke oder Schlie-

# Die lockende Diebstahlversicherung

## Frau Regierungspräsident bestiehlt sich

Der geheimnisvolle Diebstahl im Potsdamer Regierungsgebäude hat die Aufmerksamkeit gefunden, die man seit langem erwartete. Der Dieb des Tafelsilbers und des Bargeldes ist die eigene Frau des Regierungspräsidenten, die den Einbruch finanziert hat, um, wie man annimmt, mit Hilfe der Versicherungssumme dringende Schulden bezahlen zu können. Der Mann ist nach dieser Aufklärung von seinem Posten zurückgetreten.

Seit Anfang voriger Woche schwebt gegen Frau Dr. Mommsen ein Ermittlungsverfahren wegen Diebstahls, das noch nicht abgeschlossen ist. Die Familienmitglieder, der Präsident an der Spitze, haben den Ermittlungsbeamten gegenüber kein Hehl daraus gemacht, daß nur Frau Mommsen als Diebin in Frage kommen könne. Auch an der Wegnahme der 2000 M. Woblfahrtsgebern soll Frau Dr. Mommsen beteiligt sein. Sie hat die Tür zu ihrem Schlafzimmer selbst abgeschlossen. Von einer Verhaftung wird vorläufig abgesehen, aber Frau Regierungspräsident Dr. Mommsen muß sich einem Gutachten mehrerer Psychiatern und einem Obergutachten unterziehen. Zum Teil ist das Silber bereits wieder abgeholt.

Sobald wird bekannt, daß Frau Regierungspräsident Mommsen nach einem erneuten Verhör durch den Kriminalkommissar Ruffon heute Mittag ein solches Ergebnis abgibt.

Der Fall der Gattin des bisherigen Regierungspräsidenten Mommsen wird bald die Potsdamer Gerichte beschäftigen. Während man bisher angenommen hatte, daß Frau Mommsen in einer gewissen Unmündigkeit, vielleicht auch infolge einer Veranlassung, die den Komplex der Neurose berührt, die Einbrüche begangen hatte, ohne andere dadurch zu schädigen, hat sich jetzt herausgestellt, daß Frau Mommsen dreimal Schadenersatzprämie an die Aachen-Münchener Feuerversicherung gestellt und

dreimal Beträge erhalten hat, die zusammen 6000 Mark ausmachen. Im einzelnen verkauft hierüber: Regierungspräsident Mommsen hatte bei der genannten Versicherung seine Einrichtung gegen Einbruch, Feuer- und Wasser-schäden versichert. Im März 1927 benachrichtigte Frau Regierungspräsident Mommsen durch einen einschließlichen Brief die Versicherung und teilte mit, daß in ihrer Abwesenheit Einbrüche eingedrungen seien und für 198 Mark Wäsche gekostet hätten. Da die

Schadenssumme geringfügig war, sah die Versicherung, ohne die Angaben nachprüfen zu lassen, den Betrag aus. 1929 erfolgte wiederum eine Benachrichtigung durch Frau Mommsen, welche wiederum durch Einbruch Wäsche und Kleider im Werte von 499 Mark entwendet worden seien. Auch diesmal schickte die Versicherung

keinen Verhaftungsbefehl. Dann kam der dritte Einbruch im Dezember 1929, bei dem Gold- und Silbergegenstände im

Werte von 4700 Mark gestohlen worden waren. Der Versicherungsgesellschaft fiel es allmählich auf, daß immer wieder in dem an sich gut geschützten Baue

Einbrüche verübt wurden, und sie wandte sich nun an die Potsdamer Kriminalpolizei. Auch diesmal hatte Frau Mommsen die Versicherung von dem Diebstahl gemeldet, aber die Versicherung wandte sich nun an den Regierungspräsidenten selbst und verhandelte mit ihm. Herr Mommsen, der seltener davon überzeugt war, daß sein Haus von Einbrechern heimgesucht worden war, erklärte sich sofort damit einverstanden, daß die Potsdamer Kriminalpolizei den Fall untersuchen solle, er erklärte sogar, daß nach den abgeschlossenen amtlichen Ermittlungen ihm die Schadensersatzsumme gezahlt werden sollte. Dann kam der letzte Einbruch am 10. März, bei dem eine

Kassette mit 2000 Mark Wohlfahrtsgebern gestohlen sein sollte. Die Versicherungsgesellschaft verlangte nicht nur eine vollständige Untersuchung, sondern stellte in Potsdam durch ihre eigenen Leute Erhebungen

an, die die Direktion bedenklich machte. Man hatte nämlich durch Recherchen festgestellt, daß Frau Mommsen nicht nur bei verschiedenen Lieferanten Schulden gemacht hatte, sondern daß sie in einigen Fällen sogar die tatsächlich erfolgten Lieferungen betriffen hatte und die Zahlung verweigerte. Auch dem Regierungspräsidenten Mommsen mußten inwieweit erhebliche Bedenken aufgetrieben seien, daß er am 11. März der Versicherung die Erklärung gab, daß er die Auszahlung der durch seine Gattin beantragten 2000 Mark verweigere und daß er den Betrag nur dann annehmen würde, wenn die Polizei mit voller Sicherheit feststellen könne, daß

tatsächlich ein Einbruch von außen erfolgt sei. Außerdem wurde diese Erklärung des Regierungspräsidenten dem Obergutachten mitgeteilt. Diese Tatsache bestärkte noch den Verdacht, der gegen Frau Mommsen von Anfang an bestand. Im Übrigen hat bereits heute

der Schwiegersohn des Regierungspräsidenten, Ministerialdirektor Dr. v. Kuebel, der Aachen-Münchener Einbruchversicherung im Auftrage seines Schwiegeraters die Summe zurückerstattet, die für die ersten drei der gestohlenen Einbrüche erstattet worden waren. Zutreffend liegen die Dinge so, daß in drei Fällen Frau Mommsen durch

Bestrafung falscher Tatsachen die Versicherung geküßelt und somit einen Betrag verübt hat. Die Verfahren, das gegen sie eröffnet worden ist, lautet auf Verhaftung, doch dürfte es fraglich sein, ob der Prozeß zur Durchführung kommen wird; denn die Untersuchungsbehörden haben befohlen, nicht darauf zu setzen, daß Frau Mommsen in einer Heilanstalt ihren Geisteszustand (!) gerichtet wird. Man hat sich zu dieser Maßnahme veranlaßt gesehen, da für Frau Mommsen auch nicht der geringste Grund vorlag, sich auf derartige Abenteuer einzulassen. Die Gattin des Regierungspräsidenten verfügt über ein selbst heute noch ansehnliches Vermögen, und der Regierungspräsident, der selbst wohlhabend ist, hatte ein Einkommen von 36 000 Mark und sollte vollständig geordnet sein.

## Schweres Lawinenglück

Studen, 17. März. Von einer niederschlagenden Lawine sind gestern im hinteren Teil des Bergener Tales am sogenannten Sinterberg vier Schutzhüter, zwei Damen und zwei Herren verhaftet worden. Die beiden Damen wurden von anderen Schutzhütern sofort befreit. Sie waren noch am Leben. Der Ingenieur Ludwig Karz aus Bad Dürkheim, wohnhaft in Pennig bei Berlin, war bei seiner Auffindung bereits tot. Der andere Schutzhüter, Ingenieur Wilhelm Heide, Chemiker aus Durlach bei Karlsruhe, konnte bisher noch nicht aufgefunden werden. Die Rettungsaktion ging heute wieder an die Unfallstelle ab, um die Suche fortzusetzen. Die Stipendiaten, die dem Unglück führten, wurde ohne Fährde unterzogen. Späterhin wurde dann auch der verunglückte Schutzhüter Heide unter der Lawine tot gefunden.

## Marcel Salzer gestorben

Berlin, 17. März. Professor Marcel Salzer, der weithin bekannte deutsche Vortragskünstler, ist heute nachmittag in seiner Villa in Richterfelde nach einem längeren Krankenlager im Alter von 66 Jahren gestorben. Salzer, ein gebürtiger Wiener, ist 66 Jahre alt geworden.

Los Angeles, 17. März. Heber den südlichen Stadtteil ging ein Wirbelsturm hinweg. Die Häuser zahlreicher Häuser wurden abgedeckt. Etwa 150 Häuser wurden ganz besonders mitgenommen. Es werden nur zwei Verletzte gemeldet.

## Sind Experimente an Menschen zulässig?

Im Reichsgesundheitsrat ist unter dem Vorsitz des Präsidenten des Reichsgesundheitsamtes am 14. März 1930 die Frage, unter welcher Bedingung experimentelle Untersuchungen an Menschen zulässig sind, eingehend beraten worden. Die Richtlinien, die die einmütige Zustimmung des Reichsgesundheitsrates, in dem die Richtlinien die Unentbehrlichkeit wissenschaftlicher Prüfung an Menschen für die notwendigen Fortschritte in der Erkenntnis, der Verhütung und der Heilung von Krankheiten anerkannt, andererseits die besondere Verantwortung, welche die Vornahme solcher Versuche dem Arzte auferlegt, betont. Die vom Reichsgesundheitsrat empfohlenen Richtlinien werden dem Reichsministerium des Innern vorgelegt werden, um etwa notwendige Erlass besonderer Anordnungen durch die Landesregierungen überlassen bleiben.

## Spanisches Beileid für Primo de Rivera

Der spanische Botschafter in Paris hat in Begleitung des spanischen Außenministers den Hinterbliebenen Primo de Riveras ein Beileid des Königs von Spanien und der spanischen Regierung ausgesprochen.

Die Leiche des Diktators Primo de Rivera ist am Montag abgeholt worden und wird in der Nacht zum Dienstag nach Madrid mit dem Silberzug nach Madrid befördert werden. Primo de Rivera ist in der Ordenskleidung der Laienbrüder vom Karmelitenorden in den Sarg gelegt worden.

fen direkt, müde von den Ausschweifungen eines ganzen Monats. Bald war das Haus geräumt. Über welches Haus! Welche Menschen! Jetzt erst verstand Mase ganz, daß auch das Leben hier Arbeit bedeutete, wenn er auch drei Mann zu Hilfe hatte, namentlich, wenn sie wie seine Kameraden geartet waren.

Nach drei Tagen war jedoch alles wieder in Ordnung. Eine donnernde Rede war gehalten, Befehle erteilt, und jetzt herrschte Ruhe.

Die Boote kamen, mit Walroßfleisch beladen, heim, und mehr war in den Depots auf den Anker niedergelegt. Der Frost war stärker geworden, bald hielt der Winter seinen Einzug, der Winter, den sie vor Augen hatten mit seinen Unbilden von Schlittenfahrten, mit all dem, was der Neuling vom arktischen Leben erwartete, und dann konnte man auch Mala hören.

Sobald das Eis tragen konnte, kamen Wola und die andern von der Insel, wo die Walfänger sie verlassen hatten. Sie zeigten ihre Kleidung und Klagen. Es sei Aufgäbe der Polizei, ihnen zu helfen, meinte Mase. Schlitten wurden beschafft, um Felle und Walfleisch zu holen. Joe widersetzte sich; warum sollte man den dummen Eskimos helfen. Aber Mase half ihnen, soviel er konnte. Er war der Vater einer mächtigen Familie geworden.

Mase dachte beständig an Mala, obwohl lange nicht von ihm die Rede gewesen war; er hatte vielleicht viel Unheil angerichtet, seit die letzten Eskimos fortgeritten waren, auf, daß er bald ungeschädigt gemacht wurde!

Da kamen, wenige Tage nachdem Schlittenfahrten wieder möglich geworden, zwei Schlitten aus dem Norden. Der eine gehörte Mubalik, der nach seinem mißglückten Streit mit dem gefährdeten Mala nordwärts geflohen war. Er war nicht Malas Feind, aber er war noch von ihm vertrieben, und als er nach ihm ausgefragt wurde, meinte er, daß Mala bei dem vornehmen Mann schlecht angekommen war. Warum, verstand er nicht, denn es war doch kein Fremder des weichen Mannes, der geflohen worden war. Aber das ging Mubalik nichts an. Es schien, als hätte der Sergeant Luft, Mases über den großen Mörder zu hören, und so erzählte er, daß Mala fürchterlich sei, und daß man nicht mit ihm zusammenwohnen könne. Menschen seien gefährdet, wo er lebte. Mubalik erkundete darauf, daß Mala mit Schlitten hergeschafft, Gefangener der weichen Männer sein sollte und nicht gehen dürfte, wohnen er wollte.

Aber Mubalik selbst bekam Tabak und viel Essen, und ihm wurde befohlen, zu bleiben. Er wußte, wo Mala im Winter wohnen wollte, und er sollte den Weg zeigen und zeigen sein, wenn Mala kam. Dafür sollte er auf Kosten der Polizei ernährt werden. Es

war immerhin etwas, im Triumph wiederzukommen und den Worten zu folgen, der über alle Gebieten zu können meinte. Mubalik war froh, daß er Mala und den Norden verlassen hatte, wenn dies nicht gefiel, war Joe. Er fürchtete, verdrängt zu werden.

Er selbst sah nicht an Tisch der Polizei. Wenn die weichen Männer aufstanden waren, kam er an die Reihe. Dann setzte er sich nieder und lauberte den Tisch von allem, was übrig geblieben war. Das Anrecht entpand der hohen Stellung, die er einnahm.

Zuweilen wurden andere Eskimos eingeladen, mitzugehen. Das liebte Joe nicht, es ging auf seine Kosten, aber er war zu stolz, sich etwas merken zu lassen. Er trat stets als Wirt auf. „Seid ihr nicht, und eßt hiervon. Das ist etwas, das du nicht kennst. Ach ja, ich habe vier vielerlei Speise; wenn wir müde sind, das eine zu essen, beginnen wir mit dem andern. Ach ja, in diesem Hause kostete merkwürdige Gerichte.“

Jetzt aber kam Mubalik und sollte mit seiner Familie nach Hause gebracht werden. Joe sah zu seinem Schrecken, daß Mubaliks Frau und zwei Kinder mit am selben Tisch sitzen sollten, und er empfand das sah als eine Beleidigung. Er war gewohnt, in einfacher Eskimofamilie Haus zu haben, und namentlich freute er sich, wenn Eskimofamilien ins Haus kamen, sich an der Tür niederließen und mit Ehrenbezeugungen ihren vornehmen Landsmann sein Essen versehen sahen. Jeweilig konnte ihm einfallen, einem der Besucher etwas Gutes zu trinken, nicht zu oft und nie mehr als einmal. So blieb es etwas Besonderes, wenn Eskimos die Ehre genossen, etwas von seinem Essen zu erhalten. Was von seinem eigenen Mund übrig blieb, trug er in einem Eimer heim zu Frau und Kindern. Das wurde jetzt nicht noch zu seinem Rechte zu kommen.

Am ersten Tage, als Sivaogang auf Tisch lag, fürchtete sie sich etwas vor dem fremden Essen, das sie noch nie geschmeckt hatte. Aber es schmeckte gut, und Joe, der oben am Tisch lag, brachte ihn über ihren Appetit. Da nahm er den Sentoff und reichte ihm ein „Schlitz“ davon auf seinen Teller und ist. — Sivaogang war ein „Schlitz“, das brennt auf der Zunge, und sie fuhr hoch: „Oh, das ist heiß, das brennt mir im Munde.“

„Was nur darauf, dann kühlt es ab,“ sagte Joe. Und sie ließ

und nahm wieder einen Teller voll. Das Gerücht von dem Vorkall fiel weit unter und wurde von einer Sage. Bis zu den fernsten Wohnstätten hieß man von Sivaogangs Mißgeschick. Menschen, die nie von Sivaogang gesehen hatten und nie die Möglichkeiten hatten, ihn zu sehen, schrieben ihm täglich und fanden, daß sie lächerlich war. Und Joe hatte seine Stellung wieder einmal behauptet.

(Fortsetzung folgt)

# Freistaat Baden

## Die Dotationsfrage

Aus dem Landtag wird uns geschrieben:  
 Da in diesen evangelischen Gemeinden des Landes — absichtlich oder unabsichtlich — lassen wir dahin gestellt — Unklarheiten über diese Fragen verbreitet werden, was auch aus den Protesten gegen die evangelischen Kirchengemeinderäte, die in einer Zahl von mehr als 200 beim Landtag schon eingelaufen sind, hervorgeht, erscheint es angezeigt, einmal an dieser Stelle hierzu Aufklärung zu schaffen.

### Was ist geschehen?

Dem Landtag ging eine Regierungsvorlage zu, die wie früher die amtliche Besetzung trägt: „Entwurf eines Gesetzes über die Aufbesserung gering besoldeter Pfarrer aus Staatsmitteln“. Diese Regierungsvorlage enthält aber im Gegensatz zu früher eine Verankerung der bestehenden Dotationen noch gar deren Erhöhung, sondern beginnt mit deren Abbau. Die erste Etappe des Abbaues betrug sich zwischen 20 und 32 Prozent. Der Staatsausfuß betrug im Jahr 1924 2.009.500 M. und soll abgebaut werden im Jahre 1931 um 401.000 M. (20 Prozent), im Jahre 1932 um 663.800 M. (24,2 Prozent), im Jahre 1933 um 586.855 M. (29,2 Prozent), im Jahre 1934 um 643.175 M. (32 Prozent).

Das dieser Aufbesserung geht klar und deutlich eine Schonende, sich allmählich und alljährlich in steigender Abbaumahme heraus, daß die Kirchen in der Lage sind, sich in ihrer Finanzabgarung dazu einstellen zu können. Damit wird einem Wünsche entprochen, von diesen Rednern aus Anlaß der früheren Dotationsdebatten im Landtag geäußert worden ist. Es ist hierbei eine Ueberrangung eingeleitet, wie sie der Redner der Deutschnationalen am 2. Juli 1923 gemeldet hat (Amtliche Berichte Nr. 48 vom 5. 7. 23, Spalte 2294). Damals ist auch ein Antrag derselben Abgeordneten angenommen worden, alsbald ansezierte Schritte zu unternehmen, um die Kirchen auf den Zeitpunkt vorzubereiten, zu welchem das Gesetz über die Aufbesserung gering besoldeter Pfarrer aus Staatsmitteln nicht mehr verlängert werden wird.

Nach die Zentrumredner hatten sich in derselben Sitzung dahin ausgesprochen, daß die Kirchen in der Pfarrbesoldung allmählich auf eigene Füße gestellt werden müssen. — Ein Antrag der Sozialdemokraten, 25 Prozent abzubauen, wurde damals von sämtlichen Parteien abgelehnt. — Auf den 1. April 1931 läuft das im Jahre 1928 verlängerte Dotationsgesetz ab. Da der Voranschlag aber bis zum 1. April 1932 geht, muß jetzt der Landtag über die Frage, „Abbau der Pfarrbesoldungen oder Weiterverlängerung des Dotationsgesetzes Stellung nehmen. Die Dotationsfrage hat schon in früheren Jahren einen besonderen Raum in den Landtagssitzungen eingenommen. Bei diesen Verhandlungen war es der deutschnationale Abg. Dr. Wagner, der durch seine berufliche Tätigkeit als Mitglied des Evangelischen Oberkirchenrats, immerhin als Sprachrohr der evangelischen Kirchenbehörde und des evangelischen Volksteils angesehen werden kann und der schon in der 38. Sitzung am 3. August 1924 (amtlicher Bericht Spalte 2029) den Wunsch geäußert hat, daß eine baldige Klarheit eintrete über den Schicksal des Dotationsgesetzes und der Ruhe und Stetigkeit wisse, die auch die evangelische Kirche notwendig hat in der Ordnung und Verwaltung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse.“

Nach alledem wenden sich heute die evangelisch-kirchlichen Landes- und Gemeindeorgane gegen den ersten Versuch der Regierung und des Landtags, diesem Wünsche des Herrn Oberkirchenrats Wagner nachzukommen. Insbesondere wird dagegen protestiert, daß in der neuen Regierungsvorlage eine Benachteiligung der evangelischen Kirche enthalten sein soll, weil ihre Staatszuschüsse prozentual von Jahr zu Jahr mehr getriert werden, als die der katholischen Kirche.

### II. Wie verhält es sich damit?

Das Dotationsgesetz stammt aus dem Jahre 1876. Mehrere Jahre vorher verlangten die Kirchen ein eigenes Besetzungsrecht auf Grund des liberalen Kirchengesetzes vom Jahre 1860, um ihre Besetzungsaufwendungen selbst decken zu können. Die damaligen Regierungen lehnten jeweils dieses Verlangen ab und hielten den kirchlichen Kirchen jährlich je 200.000 M. Staatszuschuß zur Aufbesserung gering besoldeter Pfarrgehälter an. Dieses Angebot

wurde von der katholischen Kirche damals abgelehnt, weil es die Parität verletze und weil dieses System der Staatszuschüsse Privilegien für eine den herrschenden Tendenzen entsprechende Klasse der Kirchendiener schaffe.

Im Jahre 1899 wurden die Dotationen auf 350.000 M. für die katholische und auf 300.000 M. für die evangelische Kirche erhöht, im Jahre 1924 wurden diese Ziffern verdreifacht. Auch die Alt-katholiken, die Juden und die Freireligiösen wurden mit Staatsdotationen bedacht.

Das Verhältnis des Anteils an den Dotationen zwischen der katholischen und der evangelischen Kirche ist bis jetzt folgendes gewesen:

Katholisch: 52,25 Prozent      Evangelisch: 44,79 Prozent  
 am 1. April 1935:

Katholisch: 60,92 Prozent      Evangelisch: 36,76 Prozent  
 Die katholische Kirche hat 818 gleich 62,2 Prozent, die evangelische Kirche 467 gleich 35,5 Prozent der vom Staat dotierten Pfarrstellen. Die Bevölkerungsziffer der Katholiken in Baden ist 58,4 Prozent, die der evangelischen 38,7 Prozent.

Verleitet man diese Ziffern mit dem Ergebnis der ersten Etappe des Dotationsabbaues, dann kann man sagen, daß ab Ende 1935 zwischen dem Anteil der beiden Konfessionen an den Staatszuschüssen die Parität ungefähr hergestellt ist, weil zu jenem Zeitpunkt die katholische Kirche 60,92 und die evangelische Kirche 36,76 Prozent erhält. Zahlen, die sich den Bevölkerungsanteilen und den Pfarrstellenanteilen der beiden Konfessionen sehr stark nähern.

Nun macht der evangelische Oberkirchenrat und auch die seine Aufstellung vertretende Opposition geltend, daß am Steueranfommen des badischen Landes der evangelische Volksteil genau so stark vertreten sei, wie der katholische Volksteil und führt hierfür entsprechende Ziffern an. Dies wird vom sozialdemokratischen Seite nicht bestritten, es wird sogar hinzugefügt, daß die kirchliche Bevölkerung nur 1,1 Prozent ausmacht, daß aber ihr Anteil am Gesamtsteueraufkommen des Landes 9,6 Prozent und an dem Einkommensteueraufkommen sogar mit 12,8 Prozent und trotzdem nur bis jetzt an den Staatszuschüssen für die Religionsgemeinschaften mit 1,15 Prozent beteiligt ist und dies erst seit 1924. Es liegt daher im Interesse der steuerlichen Gerechtigkeit, wenn die Dotationen gänzlich beseitigt werden.

Dieser Standpunkt hat die sozialdemokratische Fraktion seit mehr als 30 Jahren in dem badischen Landtag eingenommen. Vor zwei Jahren ist sie dazu übergegangen, nun endlich mit einem Abbau beginnen zu können, mit einem Antrag den 25prozentigen Abbau zu erzielen. Gegen diesen Antrag haben sich sämtliche bürgerlichen Parteien abgewandt. In der Koalition mit dem Zentrum ist es ihr gelungen, den Abbau auf der eingangs angeführten Basis in erster Etappe zu erreichen.

### III. Was will die evangelische Kirchenverwaltung?

Die evangelische Kirchenverwaltung verlangt die Bemessung der Staatszuschüsse nach dem Bedürfnis und begründet dieses Bedürfnis einmal durch die höheren Pfarrgehälter und durch die ungeheuer steigenden Verwaltungskosten. Die Pfarrgehälter der Geistlichen betragen:

in der evangelischen Kirche	in der katholischen Kirche
4500 bis 8000 M., dazu Stellenzulagen von 100 bis 1000 M., sowie Kinderzulagen; für die ersten zwei Kinder je 20 M., für das 3. Kind 30 M., für das 4. Kind 40 M.	4200 bis 6100 M., keine Stellenzulagen, keine Kinderzulagen.

Zudem erhalten sämtliche Geistliche freie Wohnung bzw. das Wohnungsgeld. Das Höchstgehalt eines evangelischen Geistlichen in der gleichen Stadt ist hiernach mindestens um 2900 M. höher, als das eines katholischen Geistlichen, wobei die Kinderzulagen des evangelischen Geistlichen — die mitunter das Doppelte der den Staatsbeamten zukommenden Kinderzulagen betragen — noch nicht mitgerechnet sind.

Die evangelische Kirche hat die Gehälter ihrer Geistlichen um 100 Proz., die katholische Kirche nur um 50 Proz. seit 1913 erhöht. Seit 1900 ist der Personalaufwand für die Geistlichen der evangelischen um das 2½fache, der allem Verwaltungsaufwand für die Zentralbehörden (Evangel. Oberkirchenrat, die Stiftungsstellen u. a.) um das 6,7fache, die Verwaltung der Kirchenbezirke (Defane) um

das 14fache, für die allgemeinen kirchlichen Aufwendungen im Lande sogar um das 45,7fache (das ist von 7580 M. im Jahre 1900 auf 346.579 M.) gestiegen und der sozialdemokratische Redner hatte recht, als er schon im Jahre 1924 darauf hinwies, daß die Dotationsaufwertungsbeiträge für erweiterte kirchliche Stiftungen darstelle. Der Evangelische Oberkirchenrat ist der Auffassung, daß die so gestiegenen Bedürfnisse der evangelischen Kirche aus der Staatskasse zu decken sind, weil ihre Steuerkräfte bis an die Grenze des Tragbaren angepannt seien. Dieser Zustand ist bei der Staatsverwaltung ebenfalls einzutreten und man kann dem Staat nicht zumuten, daß er dauernd Steuererhöhungen vornimmt, weil die evangelische Kirchenverwaltung die Verantwortung hierfür ihrerseits nicht übernehmen, also von ihrem nunmehr verbleibenden Besteuerungsrecht nicht den vollen Gebrauch machen will.

Die Steigerung des Personalaufwandes bearbeitet der Evangel. Oberkirchenrat zum Teil auch damit, daß die Erteilung des Religionsunterrichts in den Fortbildungsschulen, Gewerbe- und Handelsschulen bedeutend mehr Lehrkräfte erfordert. Wir sind der Auffassung, daß der Religionsunterricht in diesen Schulen überflüssig ist und die Regierung hat sicher nichts dagegen, wenn von Seiten einer Kirche wenigstens aus Gründen der Sparsamkeit schon der Antrag auf Aufhebung dieses Unterrichtsfaches gestellt wird. Es wird ferner Sache der Religionsgesellschaften in dieser Zeit der allgemeinen Sparmaßnahmen und Verwaltungsreformen sein, zu prüfen, ob der Kosten dieses Unterrichts an den Fach- und Fortbildungsschulen den dafür aufgewendeten Kosten entspricht, und wenn leitens des Evangel. Oberkirchenrates darüber festgestellt wird, daß in der Großstadt auf einen Pfarrbezirk mehr als 4000 Seelen entfallen, so dürfte der Zeitpunkt gekommen sein, zu erwägen, ob nicht sehr viele Landpfarrerstellen einspariert werden können, weil auf sie oft nur der sechste Teil der Seelenzahl eines städtischen Pfarrbezirks entfällt.

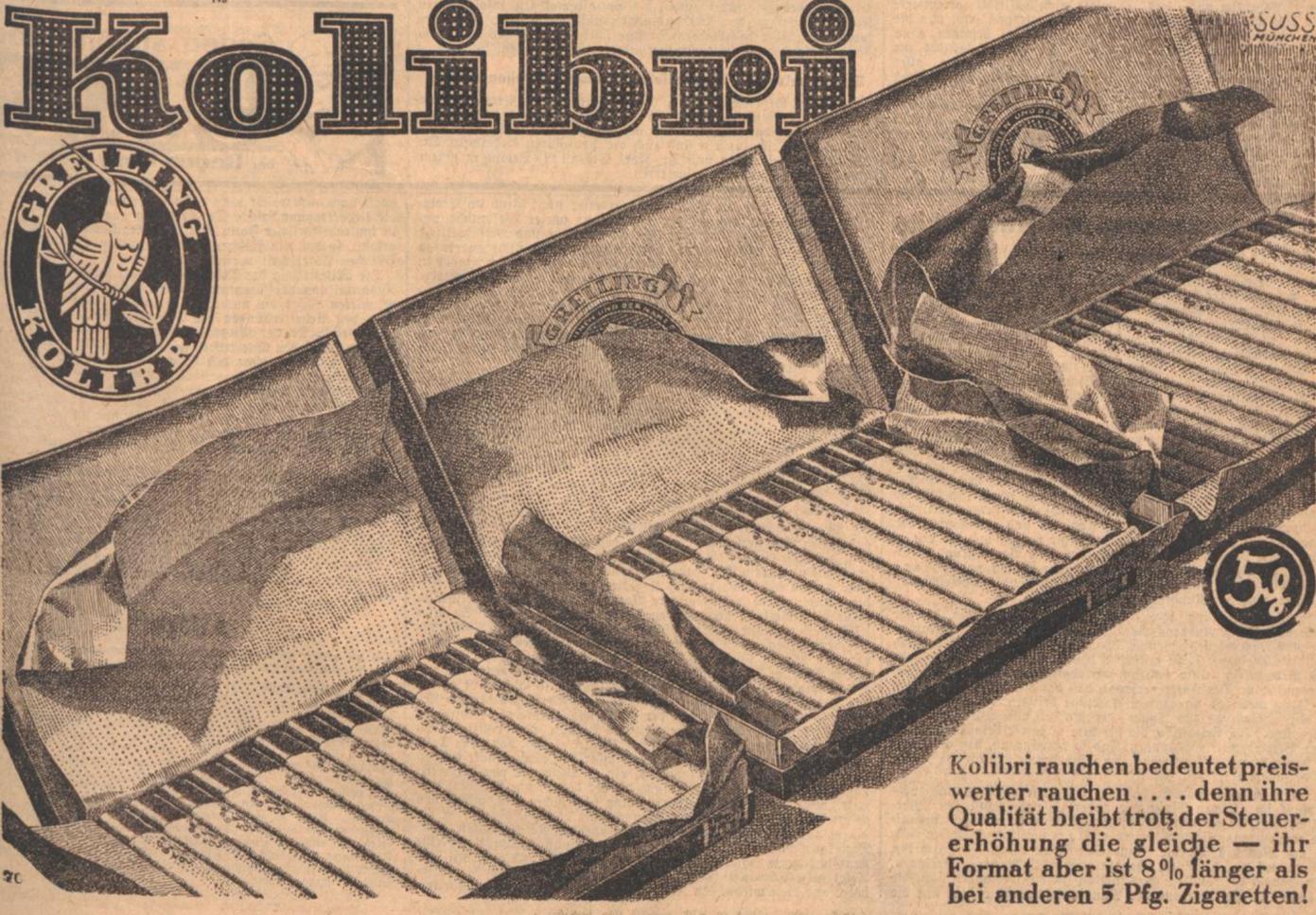
Schon im Jahre 1899 hatte Abg. Dr. Eschbach im Landtag zu der Frage der Parität sich dahin geäußert, daß den Katholiken, weil sie einmal stärker an Zahl sind, an den Dotationen etwas mehr zukommen müsse. Damals war es der Zentrumsgewählte Wacker, der ihm den Dank dafür ausgesprochen hat, daß er den Paritätsstandpunkt vertreten habe. Dieser Abgeordnete führte gleichzeitig zu der Frage „Staatsdotation oder Kirchensteuer“ aus. (130. Sitzung vom 1899): „Klarer und prinzipiell richtiger sei das System der Kirchensteuer und die Abschaffung der Staatsdotation“.

In der 38. Sitzung des Landtags vom 5. August 1924 lagte der deutschnationale Abg. Wanser, der evangelische Oberkirchenrat a. D., „Durchaus halte ich daran fest, daß das zu erstrebende Ziel, die wirtschaftliche Selbständigkeit der Kirche sei, durchaus halte ich an der Forderung fest, die Kirche müsse es lernen und fertig bringen, auf eigenen Füßen zu stehen und die Mittel die sie zu ihrer Erhaltung braucht, auf irgend eine Weise auch selbst aufzubringen.“ — Das ist auch die Auffassung der Sozialdemokratie seit Jahren gemein und es ist daher verfehlt, wenn von Seiten des Evangel. Oberkirchenrats und der lokalen Kirchenbehörden gegen den Abbau der Dotationen, wie es zur Zeit geschieht, Stellung genommen wird. Die Opposition des Evangel. Oberkirchenrats und der lokalen Kirchenbehörde wendet sich daher heute gegen ihren eigenen Wortführer im Landtag, dessen Wunsch, die durch die Regierungsvorlage nunmehr entzogen ist. Untere Parteigenossen haben daher keine Veranlassung, diese Stellungnahme der evangelischen Kirchenbehörde zu unterstützen.

## Volkswirtschaft

Nach dem Bericht der Rheinischen Hypothekendarstellung für das Jahr 1923 war die Geschäftsentwicklung trotz der ungünstigen Lage des Kapitalmarktes recht belebend. Der Umsatz an Pfandbriefen und Kommunalobligationen im Neugeschäft erhöhte sich um mehr als 25.000.000 Goldmark. Der Gesamtbestand an Hypotheken und Kommunalobligationen beträgt auf Jahresabschluss mehr als 250.000.000 Goldmark. Circa 75 Proz. aller im Neugeschäft gewährten Darlehen liegen unter der Grenze von 10.000 RM. Die Summe der für den Wohnungsneubau gewährten Hypotheken mit nahezu 20.000.000 RM. war wieder sehr beträchtlich. Aus dem Reingewinn von 1.608.050,36 RM. soll demnächst die Z o r a b e s t i m m e n d e von 10 Prozent auf die Stammaktien verteilt werden, wobei die im Berichtsjahr ausgegebene jungen Aktien zur Hälfte dividendeberechtigt sind.

# Kolibri



Kolibri rauchen bedeutet preiswerter rauchen . . . denn ihre Qualität bleibt trotz der Steuererhöhung die gleiche — ihr Format aber ist 8% länger als bei anderen 5 Pfg. Zigaretten!

### Wie wird die Reichsanstalt für Arbeitslose geprüft?

Die „Sparjamkeit“ wird verhöhnt

Wie der Reichsfinanzminister Dr. Mosdenbauer am Samstag in seiner Hamburser Rede mitgeteilt hat, findet zur Zeit eine Prüfung der Reichsanstalt für Arbeitslose durch den Reichsparlamentarier statt. Es soll festgestellt werden, in welchem Umfang in der Verwaltung Ersparnisse gemacht und Mißbräuchen der Einrichtung entgegengetreten werden kann. Es dürfte die Öffentlichkeit interessieren, wie der Reichskommissar Dr. Saemisch diese Prüfung zur Erstellung von Sparplänen vornehmen läßt.

Die Prüfung ist dem früheren Ministerialdirektor Paul vom preussischen Handelsministerium übertragen worden. Paul nahm im vorigen Jahre seinen Abschied, weil nicht er, sondern der Sozialdemokrat Staudinger zum Staatssekretär im Handelsministerium ernannt wurde. Man gab Paul ein Schmerzensgeld, indem man ihm den Vorstoß im Aufsichtsrat bei der neuen vom Reich und von Preußen gegründeten und subventionierten Schifffahrt-Gesellschaft übertrug. Die Bezüge aus diesem Posten (unter Einrechnung der Pension) betragen 25.000 M. jährlich, d. h. ungefähr so viel, wie das Gehalt des aktiven Ministerialdirektors. Als der Staatskommissar Saemisch Herrn Paul die Prüfung der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung übertrug, sagte er ihm für diese Tätigkeit neben den erwähnten Bezügen von 25.000 M. noch einmal das volle Ministerialdirektor-Gehalt zu.

Gegen diese Zulage erhob das Reichsfinanzministerium starke Bedenken. Saemisch aber mißachtete diese Bedenken und erstarrte, er habe sich Herrn Paul gegenüber bereits gebunden und mit ihm einen „Vertrag“ abgeschlossen über die Erhaltung von Gulachten, wofür er Herrn Paul eine Vergütung von 1500 M. monatlich zahle. Die Gesamtbezüge des neuen Arbeitslosen-Sparkommissars betragen also 43.000 M.

Diesem Fall, um dessen Abstellung sich hauptsächlich die Reichsregierung und der Herr Reichsfinanzminister Mosdenbauer bemühen werden, ist ein Schulbeispiel für die von manchen Kreisen der höheren Bürokratie und der „Wirtschaft“ verlangte Sparjamkeit. Glaubt man wirklich, daß die Öffentlichkeit für eine solche Handlungsweise des Reichsparlamentariers Verständnis haben wird? Hat es noch irgend etwas mit Sparjamkeit zu tun, wenn man, um Ersparnisse in Höhe von ein paar Mark in einzelnen Fällen bei der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung zu machen, zunächst einmal eine Nebenvergütung von 18.000 M. jährlich zahlt.

### Tabaksteuer und Preiserhöhung

Wir erhalten aus Sandweiler folgende Zeitschrift: Ich will mich mit der Notwendigkeit einer Erhöhung der Tabaksteuer nicht beschäftigen, denn es ist ja allgemein bekannt, in welchen Geldnöten das Reich sich befindet. Daß wir aber ruhig zusehen sollen, wie unsere Tabakindustrie diese Steuererhöhung zu großen ungerechtfertigten Preissteigerungen benutzt, dürfte doch etwas zu weit gehen. Betrachten wir doch einmal die Preise beim Pfeifentabak. Ein Käßchen 50 Gramm Pfeifentabak, das vor der Steuererhöhung 30 Pf. kostete, kostet heute 40 Pf., macht 33 Pf. mehr. Die Steuererhöhung aber beträgt nicht einmal die Hälfte davon. Noch schlimmer sieht es aus beim Zigarettenpapier. Ein Käßchen Zigarettenpapier (300 Inhalt) 50 Stück kostete bisher 20 Pf., jetzt 45 Pf., es kann leicht ausrechnen, eine wievielprozente Steigerung dies ist. Käufer dieser Käßchen und Zigaretten sind meistens Arbeiter, die es sich nur schwer leisten können, andere Zigaretten zu kaufen. Da dieselben im Preise nicht gestiegen sind, kann man ruhig die Behauptung aufstellen, daß die Tabaksteuererhöhung vollständig von dem ärmeren Teil der Bevölkerung getragen werden muß. Sind wir in der heutigen Republik wirklich so machtlos, daß wir dies alles, ohne zu murren, hinnehmen müssen? Es ist dringend notwendig, daß unsere Partei ihren ganzen Einfluß geltend macht, daß hier einmal Remedium geschaffen wird. Wenn wir zulassen, daß Steuererhöhungen lediglich zu dem Zweck geschaffen werden, den kleineren Verbraucher zu belasten, so dürfte dies uns bei den nächsten Wahlen nicht gut zu stehen kommen. Bedenken wir, daß es viele nicht politisch orientierte Kreise gibt, die glauben, weil wir in der Regierung sind, uns die Schuld daran zuschreiben zu können. Das weitere besorgen dann noch unsere Gegner. Unsere Partei sollte sich daher folgendes zur Aufgabe machen: Unter allen Umständen Ablehnung aller Arten von Steuererhöhungen, die lediglich die ärmere Bevölkerung belasten. Anstrengung Einsetzung eines Kontrollorgans, die verhindern sollen, daß Steuererhöhungen von unserer Industrie zu Preissteigerungen benutzt werden. Nun liegt man noch von einer Besteuerung des Mineralwassers. Nächstens erlebe wir noch, daß auch das Trinkwasser und die Luft versteuert werden, während die hohen Pensionen und hohen Gehälter unangestastet bleiben.

### Zur Aktualisierung des Rundfunks

Von H. Segel, Bundesgeschäftsführer des Arbeiter-Radiobundes

Der Lektor der Berliner Funkstunde, Universitätsprofessor Dessoir, war auf einer Programmratstagung der Ansicht, eine völlige Erneuerung des Programms fordern zu müssen, weil die Unkenntnis des anderen erschütternd sei. — Der Reichsinnenminister ist bestrebt, den Rundfunk auch weltanschaulichen Unterhaltungen zu erschließen, da er von dem Hörer erwartet, daß er sich zu einem solchen Grad der politischen Reife erhebt, die ihn das Wort eines Anderen denkenden ertragen läßt. Ein Wissenschaftler und ein Politiker beurteilen hier den Hörer. Professor Dessoir hält ihn als Vertreter der bürgerlichen Gesellschaft nicht für ungebildet, aber noch immer eingebildet genug, keine andere Meinung als die von ihm dem Hörer, vertretenen, gelten zu lassen. Severina glaubt den Hörer für so ungebildet, daß dieser gebildet genug ist, sein Bewußtsein durch die Erweiterung des Programms zu erweitern. Bisher hat das Rundfunkprogramm zum allergrößten Teil auf die Hörer Rücksicht genommen, die von Professor Dessoir geschickt werden. Das ist die Minderheit vertritt, acht schon daraus hervor, daß die Mehrzahl der Rundfunkteilnehmer mit den Programmdarstellungen unzufrieden sind. Es sind gewiß nicht die, mit deren erschütternder Unkenntnis Dessoir rechnet und die erst in weiterer Linie berücksichtigt werden sollten. Im Vordergrund befinden sich alle diejenigen Teilnehmer, die ihr Wissen erweitern wollen. Mit diesen Hörern, die meist den arbeitenden Volksschichten angehören, muß der Rundfunk zu rechnen wissen.

Jede Weltanschauung, jede Form der Lebensauffassung, hat die ihr eigentümlichen Ausdrucksmöglichkeiten, auf die ein Programmbeurteiler Rücksicht nehmen muß. Es entsteht für ihn die Veranschaulichung, diese Momente so zu gestalten, daß sie dem Hörer ein einheitliches Bild vermitteln. Der Hörer verlangt, daß der Rundfunk aktuell sein soll. Dann muß das Programm Vorträge bringen, die unmittelbar mit den Ereignissen des Tages, der Politik und Wirtschaft, verbunden sind. Die Ereignisse, die sich dem Arbeiter beinahe täglich in der Betriebswelt aufdrängen, sind so bewegend, daß er es als eine Freizeitschöpfung ansieht, wenn ihm seine Umwelt durch den Rundfunk veranschaulicht werden soll.

Die Arbeiterklasse wünscht, daß ihre kulturellen Bedürfnisse vom Rundfunk in gleicher Weise wie andere Weltanschauungen unterrichtet werden. Es handelt sich bei den Forderungen nicht um organisierte oder unorganisierte Arbeiter, nicht um politische Parteien, sondern um Menschen, die die jetzige Gesellschaft erschaffen, sich durch den Klassenkampf die ihr längst schon zukommenden Rechte zu erringen. Die Anhänger der sozialistischen Weltanschauung verlangen nicht die einseitige Politisierung des Rundfunks, für sie bedingt nur die

# Aus aller Welt

### Gefährliches Schinkenessen

Stuttgart, 17. März. (Sta. Draht.) Infolge Genusses eines Bärenschinkens, von dem in einem Stuttgarter Restaurant etwa 500 Portionen ausgegeben sein sollen, sind bis etwa 20 zum Teil schwere Erkrankungsfälle an Trikinosis gemeldet worden. Einer der Erkrankten kürzte sich vor Schmerzen im Fieberbett aus dem Fenster und kam dabei zu Tode.

### Übernahme der „Europa“ durch den Norddeutschen Lloyd

Bremen, 17. März. Laut telefonischer Mitteilung von Bord des Schnelldampfers „Europa“ des Norddeutschen Lloyd ist der Dampfer heute nachmittags um 16.30 Uhr durch Generaldirektor Gähnel im Namen des Norddeutschen Lloyd von der Werft Blohm u. Voß übernommen worden.

### Manasse Friedländer in der Zarenanalt

Berlin, 17. März. Dr. Leppmann, der vom Reichsgericht beauftragt worden war, den wegen Totschlags an seinem Bruder Waldemar und dessen Freund Thilo Fildice zu 6 Jahren Gefängnis verurteilten Manasse Friedländer auf seinen Geisteszustand zu untersuchen, hat nunmehr sein Gutachten dahin abgegeben, daß Manasse Friedländer tatsächlich geisteskrank sei. Der Sachverständige hat zur Feststellung seines Gutachtens seine Beobachtungen an Manasse Friedländer in einer geschlossenen Zarenanalt für erforderlich gehalten. Das Reichsgericht hat diese Untersuchung angeordnet und Friedländer ist nach der Anstalt Enaberge gebracht worden. Es scheint, daß er diese Anstalt nicht mehr verlassen wird, da er eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit bildet. Er droht seit einiger Zeit jeden, mit dem er zusammenkommt, mit dem Tode.

### Die Leiche Professor Dr. Drexels aufgefunden

Der seit Anfang Februar ds. Js. vermißte Direktor des Archäologischen Instituts des Deutschen Reiches in Frankfurt a. M., Professor Dr. Friedrich Drexel, wurde Sonntag nachmittags bei Höchst aus dem Main gezogen. Irgehwelche Anzeichen, daß ein Verbrechen vorliegt, wurden an der Leiche nicht wahrgenommen.

### Gerichts Anfragen an die Reichswehr

Herr von Gerlach hat in seiner „Welt am Montag“ einen Offenen Brief an den Reichswehrminister Gredner geschrieben, in dem er an ihn einige Fragen über die Reichswehr stellt, zu denen aus unterrichteten Kreisen der Reichswehr mitgeteilt wird. Die Gesamteinrichtungen zwischen Oberleutnant von Brebow und Oberst a. D. Nicolai bestehen darin, daß Oberst a. D. Nicolai im Jahre 1929 zweimal Anfragen nach Mitgliedern seiner früheren Abteilung gestellt hat, die der Oberleutnant von Brebow als aufständischer Abteilungschef beantwortet hat. Herr von Gerlach behauptet weiter in seinem Offenen Brief, Oberst a. D. Thomsen und General Ludwig hätten im Auftrag des Reichswehrministeriums Reisen nach Sowjetrußland gemacht. Hierzu ist festzustellen, daß weder Oberst a. D. Thomsen noch General a. D. Ludwig Aufträge vom Reichswehrministerium erhalten haben. Von Oberst a. D. Thomsen ist nur bekannt, daß er seit Jahren schwer krank und fast erblindet in Schleswig-Holstein lebt. Es ist nicht richtig, daß Oberst Rühlenthal kürzlich einen Urlaub nach Rußland angetreten hat. Die angebliche Reise des Generals von Hammerstein nach Rußland könne ihm deshalb kaum ein Aufsehen erregen, weil General von Hammerstein nur ein einziges Mal im Jahre 1929 kurze Zeit in Rußland gewesen ist, um dort in Erwiderung von Befehlen russischer Offiziere Truppenübungen beizuwohnen. Der russische Militärbevollmächtigte, General Korl, hat nur an Mandanten teilgenommen, zu denen auch militärische Vertreter anderer Mächte hinzugesogen waren.

### Interfraktionelle Besprechungen

Berlin, 18. März. (Funkdienst.) Die interfraktionellen Besprechungen über das Agrarprogramm haben auch am Montag noch zu keinem Ergebnis geführt, zumal die Sozialdemokratie infolge eines Mißverständnisses den Verhandlungen nicht beizuhöhen. Die Besprechungen über das Agrarprogramm sollen heute unter dem Vorsitz des Reichsernährungsministers fortgeführt werden.

### Deutsch-polnisches Liquidationsabkommen verfassungsmäßig

In einer Besprechung beim Reichspräsidenten äußerten sich die Juristen der Reichsregierung am Montag dahin, daß das deutsch-polnische Liquidationsabkommen verfassungsmäßig sei. Der Aufschluß der Reichsjustiz sind auch die Professoren Geheimrat Dr. A. N. Schücking und Dr. Karl Schmidt-Berlin in einem ausführlichen Gutachten beigegeben.

Notwendigkeit, daß der Programmbeurteiler nicht blind an Ereignissen vorübergeht, die aus der Entwicklung zweier Weltanschauungen entstanden sind. Daß hier sehr oft politische und wirtschaftliche Probleme eine wichtige Rolle spielen könnten, ist nicht anders zu erwarten. Es sind schließlich Begeisterungen, die sich sowohl in der sozialistischen wie auch in der bürgerlichen Gesellschaft zeigen. Der Rundfunk glaubt aber einen Unterschied dadurch geltend machen zu müssen, daß er den Sozialismus als politische, also im Rundfunk nicht zu berücksichtigende Faktor bezeichnet, während er die jetzige Begeisterungsform mit allen Begeisterungen als weltanschaulich anerkennt und die Verbreitung dieser Idee unerschütterlich propagiert.

Es ist deshalb natürlich, daß die Arbeiterklasse eigene Programmforderungen aufstellt, wobei ebenso natürlich festzustellen werden muß, daß die Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse noch kein Maßstab für die Einseitigkeit ihrer Programmwünsche bedeutet. Viele Arbeiter suchen während der vorerlässigen Erklärungen nach der Arbeit (Einsparung), die anderen wieder Anpassung an die übergeordneten Zustände. Einem Ausschlag herbeizuführen, dürfte nicht schwer sein, wenn der Programmbeurteiler innere Bindungen zur Arbeiterklasse fühlt. Wäre es nicht schon längst eine glatte Selbstverständlichkeit für die Programmbeurteilung geworden, sich aus geeignete Kräfte für die Programmbeurteilung einzustellen? Was nützen denn alle sogenannten Arbeiterfunden, wenn sie von Akademikern geleitet werden, die nicht einmal die Befähigung haben, ein Manuskript in vortragbarer Form auszuarbeiten, das es von der Hörerschaft, zu der gesprochen werden soll, ohne größere Uebersetzung verstanden wird? Für die Rundfunkrede müssen andere Voraussetzungen wie für einen in einer Versammlung gesprochenen Vortrag erfüllt werden. So kann selbst der geliebteste Verammlungsredner ein schlechter Rundfunksprecher werden, wenn er nicht von einem erfahrenen Programmbeurteiler, der die Wünsche des Hörers erfüllt haben muß, beraten wird.

Der Arbeiter soll von einem Rundfunkvortrag nicht erwarten, daß ein Thema erschöpfend behandelt wird. Genau so wichtig ist es für den Redner, zu wissen, daß er während eines Vortrages für den Arbeiter so viel geben muß, daß der Hörer das Thema als Grundlage benutzen kann, auf der er den weiteren Aufbau selbst vollzieht. Es ist ein gefährlicher Irrtum, wenn der Redner glaubt, von allen Teilnehmern verstanden zu werden, obschon er von allen gehört werden kann; denn jede Stellungnahme zu einem Thema ist von der weltanschaulichen Auffassung abhängig, die der betreffende Referent vertritt. Würde er seiner Weltanschauung nicht sicher sein, müßte das geäußerte Wort ohne Uebersetzungsarbeit bleiben, die gerade bei einem nur aufstichlichen Vorgang noch dringender Notwendigkeit wird. Diese vom Referenten vertretene Weltanschauung, erkennt nur eine ganz bestimmte Hörerschaft an, die sich unter sich und auch mit dem Referenten verstanden fühlt. Der Vortragende muß also seine Zuhörer und diese wieder den Referenten kennen. Da aber die Arbeiter-

### Massenvergiftung

In Altona sind zahlreiche Personen, die an einer Festlichkeit teilgenommen, an Gasvergiftung erkrankt. Es handelt sich durchwegs um leichte Fälle. Ursache war ein schadhafter Ofen.

### Laminierungslid bei Zermatt

Der Führer Edmund Beren wurde von einer Lawine am Matterhorn erschlagen und getötet.

### Das Urteil im Scherl-Prozess

In dem großen Betrugsprozess gegen Bruno Scherl und Genossen beim Schöffengericht Berlin-Mitte wurde das Urteil verkündet. Bruno Scherl wurde auf Grund des § 51 freigesprochen, da der Gericht sich den ärztlichen Gutachten anschließen hat, daß er für alle seine Handlungen, die mit dem Komplotz seiner Erbschaft in Zusammenhang stehen, nicht verantwortlich zu machen ist. Der Staatsanwalt a. D. und frühere Rechtsanwält Dr. Paul Weber wurde wegen fälschlichen Betrugs zu 1 Jahr Gefängnis und der Angeklagte Bruch zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

### Vermutliche Opfer der Pittakosis

Die Papageientaubheit scheint im weiteren Bereich der Reichshauptstadt immer noch nicht erloschen zu sein. Wie die „Nachrichten vom 17. März“ erzählt, sind in Potsdam 5 Kranke an dieser furchtbaren Krankheit erkrankt, die bei denen der dringende Verdacht besteht, daß es sich um Pittakosis handelt. Die Angelegenheit gewinnt noch besonders dadurch an Interesse, daß ein Arzt, der die Kranken behandelt, selbst erkrankte und starb und die ihm flehende Kranke nicht weicher das gleiche Schicksal ereignete.

### Neue Südpolexpedition

Unter der Leitung von Korvettenkapitän Worselen von der ersten Marine, der bei den beiden letzten Südpolexpeditionen Shackletons als kommandierender Kapitän mitgegangen hat, wird in England zu einer neuen Südpolexpedition getüftelt, für die der erforderlichen 25.000 Pfund bereits bewilligt worden sind.

### Meinungsverchiedenheiten zwischen Litwinow und Herbet

Eine Partier nationalistische Zeitung will Einzelheiten über die Meinungsverchiedenheiten zwischen dem Volkskommissar Litwinow und dem französischen Botschafter in Moskau, Herbet, mitteilen können, und bemerkt, es sei nunmehr Gelegenheit, die diplomatischen Beziehungen zu Rußland abzubrechen.

### Politische Zusammenstöße

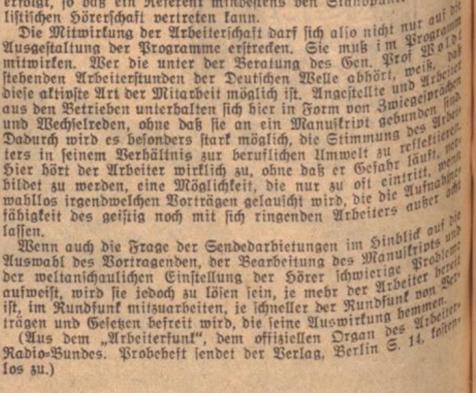
In Chemnitz haben schwere Zusammenstöße zwischen Nationalsozialisten und Stahlhelmlern einerseits und Kommunisten andererseits stattgefunden. Tote hatten acht Verletzte, von denen einer gestorben ist.

### Dumme Jungen

In Jüterbog wurden Kommunisten überfallen, als sie über die Mauern der Reichswehrkaserne kletterten wollten. Der Anführer wurde verhaftet. In seinem Besitz fand man außer kommunistischen Flugblättern eine Pistole mit scharfer Munition.

### Wer erfind den Stahlhelm

Das Schweizer Bundesgericht mußte sich in diesen Tagen mit einer Klage der Bremer Torf-Werke gegen den Schweizerischen Staat befassen. Nach dem Krieg führte der Schweizerische Staat seine Miliz einen Stahlhelm ein. Die deutsche Firma behauptete nun, dieser Stahlhelm sei auf Grund von deutschen Erfindungen fabriziert, deren Patentrecht sie erworben habe. Es handelt sich vor allem um das Verfahren der Herstellung des Helms aus einem einzigen Stück gezogenen Stahls. Als Schwebereisen forderte die Bremer Firma nicht weniger als 1,2 Millionen Mark. Das Schweizerische Gericht wies die deutsche Klage ab und verurteilte die Bremer Firma zur Tragung der Prozesskosten in Höhe von 8000 Franken.



**Gegen spröde Haut**  
**NIVEA CREME**  
bei Regen, Wind u. Schnee

### Literatur

Alle an dieser Stelle besprochenen und angelegentlich Bücher und Zeitschriften können von unserer Verlagsbuchhandlung bezogen werden.  
Wie „Richard Tauber“ singen lernte und seinen Weg als Sänger in der Welt gefunden hat, erzählt die Biographie des Richard Tauber von dem Komponisten Richard Tauber. Die Biographie ist eine sehr lebendige, geschriebene Biographie, die den Leser in die Welt des Richard Tauber einführt. Die Biographie ist eine sehr lebendige, geschriebene Biographie, die den Leser in die Welt des Richard Tauber einführt. Die Biographie ist eine sehr lebendige, geschriebene Biographie, die den Leser in die Welt des Richard Tauber einführt.

Gewerkschaftsbewegung

Zarifforderungen der sächsischen Metallindustrie. Die Vereinigung der Verbände sächsischer Metallindustrieller in Chemnitz hat den Mantelvertrag für die sächsische Metallindustrie zum 30. Juni 1930 gekündigt.

Der Lohnstreik der Bau- und Holzarbeiter. Vor dem staatlichen Eingriffsamt fanden im Lohnstreik der Bau- und Holzarbeiter in den letzten Tagen eingehende Verhandlungen statt. Das Eingriffsamt hat am Samstag nachmittag einen Spruch ergeben lassen, der in einem Rahmenvertrag Einnahmestrichungen unterbreitet.

Die Betriebsräte wählen bei der Berliner Verkehrs-Gesellschaft. Der Rat der Arbeiter bei der Berliner Verkehrs-Gesellschaft hat die Wahl der Betriebsräte für die nächsten Jahre vorgenommen.

Die Tariffrage für den Bergbau in Ostpreußen. Die Arbeiter bei den Bergwerken Ostpreußens haben den Entschluß gefaßt, auf die Erneuerung des Tarifvertrages zu verzichten.

Ein Rechtspruch. Der Schiedspruch der Unparteiischen in der Tariffrage des Maschinenbaues, der in der vorigen Woche in Braunschweig gefaßt wurde, muß nach Inhalt und Form als ein Rechtspruch bezeichnet werden.

Die Tariffrage der Unparteiischen in der Tariffrage des Maschinenbaues. Die Unparteiischen haben den Entschluß gefaßt, auf die Erneuerung des Tarifvertrages zu verzichten.

Die Tariffrage der Unparteiischen in der Tariffrage des Maschinenbaues. Die Unparteiischen haben den Entschluß gefaßt, auf die Erneuerung des Tarifvertrages zu verzichten.

Die Tariffrage der Unparteiischen in der Tariffrage des Maschinenbaues. Die Unparteiischen haben den Entschluß gefaßt, auf die Erneuerung des Tarifvertrages zu verzichten.

Die Tariffrage der Unparteiischen in der Tariffrage des Maschinenbaues. Die Unparteiischen haben den Entschluß gefaßt, auf die Erneuerung des Tarifvertrages zu verzichten.

Die Tariffrage der Unparteiischen in der Tariffrage des Maschinenbaues. Die Unparteiischen haben den Entschluß gefaßt, auf die Erneuerung des Tarifvertrages zu verzichten.

Kleine badische Chronik

Zu den Bränden in Unterbaldingen. D. Donauheim, 15. März. In der Angelegenheit der Brände in Unterbaldingen ist eine sensationelle Wendung eingetreten. Der Polizeidiener Kellner von Unterbaldingen wurde auf Grund eines Haftbefehls des Staatsanwalts Konstant festgenommen.

Schwere Schneestürme im Hochschwarzwald. Vom Schwarzwald, 16. März. Der dritte Märzsonntag charakterisierte sich in den Schwarzwaldbergen als ein kritischer Tag erster Ordnung. Während des Tages und besonders in den Abendstunden gingen schwere Sturmstöße über das Gebirge hinweg.

Der Reichsverband Deutscher Dentisten. Der Reichsverband Deutscher Dentisten veranstaltete anlässlich des 50jährigen Bestehens seines Bezirks Ostpreußen im Plenarsitzungsraum des Dresdener Landtagsgebäudes eine Kundgebung.

Basel Grenzhafen dreier Länder. Das deutsch-schweizerische Rhein-Abkommen. Der Reichstag hat das Abkommen mit der Schweiz genehmigt, durch welches die großen Pläne der Rheinregulierung und des Ausbaus einzelner Rheinhäfen ermöglicht werden sollen.



Hohenwettersbach. Der Volkstrauertag wurde auch in diesem Jahre auf Veranlassung der Gemeindeverwaltung feierlich begangen. Jämtliche Vereine beteiligten sich. Nach der kirchlichen Feier nahmen die Vereine, der Gemeinderat sowie die übrige Einwohnerschaft Aufstellung beim Krigenedenmal.

Haasfeld. Das 25jährige Ehejubiläum, die silberne Hochzeit, feierte am Samstag im kleinen Familien- und Freundeskreis der in weiten Kreisen bekannte Partei-, Gewerkschafts- und Sozialpolitikerin Frau Maria Haasfeld hier. Genosse Kasper, in Partei- und Freundeskreisen beliebt wegen seiner treuen Anhänglichkeit, wurde als Ehrengast in feierlicher Weise empfangen.

Spöck. Unsere Gemeinde beging den Volkstrauertag durch eine feierliche, sinnig-ernste Gedächtnisfeier, die durch die Mitwirkung des hiesigen Arbeitervereins, 'Lafalla', eine besondere Note erhielt. Als Einleitung zum Hauptgedächtnis brachte der Chor 'Deutschlands Klage', ein von W. Geyer stimmungsvoll verfasstes und tiefempfundenes Gedicht über das große Totenheer, zu Gehör, wonach der Ortsgeistliche, Herr Warrer Urban, der das Kräftigen von Anfang bis zu Ende als Rämpfer und Heldentum an der Front selbst miterlebt hat, mit eindringlichen, aus Herz gefassten Worten, in tiefster Predigt der Notwendigkeit der Todesfeier gedachte.

Wiesloch. Das Personauto der Brauerei Schrenker Karlsruhe fuhr am Samstag abend bei Rot-Malch die Köpflung hinunter, überschlug sich und wurde so schwer beschädigt, daß eine Weiterfahrt unmöglich war. Die Insassen kamen mit dem Schrecken davon.

Unterweismühl. Das 6 Jahre alte Söhnchen des Herrn No 51 ist Sonntag nachmittag am Sportplatz eines Motorabfahrers durch Hin- und Herpringen in die Maschine gelaufen. Dem unglücklichen Kind wurden beide Beine gebrochen und erlitt außerdem noch schwere Kopfverletzungen. Das Kind mußte sofort in die Heidelberger Klinik verbracht werden.

Steinbach (Bühl). Die 4jährige Maria Anna Graf lief beim Ueberqueren der Straße in ein Auto, wurde überfahren und so schwer verletzt, daß das Mädchen kurz darauf im städtischen Krankenhaus in Bühl starb.

Gengenbach. Am Abend des Volkstrauertages fand in der ev. Kirche eine Gedächtnisfeier statt, bei der Frau Fischer von Offenbura (Geng.) und der Herr Salenios und Chret mitwirkten. Herr Warrer Bacher gedachte in seiner Predigt der Millionen Gefallenen, deren Geist uns zur Einkehr und zum Frieden mahnt. Das deutsche Volk hoffe in seiner schweren Bedrängnis auf einen starken Mann, der kommen wird und mit eiserner Faust das deutsche Volk wieder zusammenföhmt, damit es die Schande, die auf ihm lastet, wieder löse, so meinte der Redner weiter. Daß die vielen Toten und Kriegsopfer uns zur Einkehr und zum Frieden mahnen, ist richtig; denn alle Völker, die in das schreckliche Kriegstreiben verwickelt waren, brachten diese Opfer. Der starke Mann, der da kommen soll, wird nichts mildern an dem Weh und der Not, die der Krieg an den Völkern verursacht hat.

Fußelbach. In der Nacht zum Sonntag brannte das Wohnhaus und Nebengebäude des Landwirts und Stüttersrats Karl Fischer vollständig nieder. Es handelt sich um eines der ältesten Häuser der Stadt, das von zwei Familien bewohnt war. Der Brandschaden beläuft sich auf 35000 M. Die Ursache ist unbekannt, doch wird Brandstiftung vermutet.

Der Reichsverband Deutscher Dentisten. Der Reichsverband Deutscher Dentisten veranstaltete anlässlich des 50jährigen Bestehens seines Bezirks Ostpreußen im Plenarsitzungsraum des Dresdener Landtagsgebäudes eine Kundgebung, an der Vertreter der sächsischen Ministerien, der Kreis- und Amtsärztinnen, des Rates zu Dresden, der lokalen Versicherungsvereine, der Krankenkassen und anderer Wohlfahrtsvereine erschienen waren. Dentist Louis Witt, der Leiter der Kundgebung, betonte in seiner Einführungsrede, daß der Verband seine Hauptaufgabe darin sehe, den Berufsstand qualitativ zu heben und in steigendem Maße zum Dienst am Menschen zu befähigen. In dieser Weise erfolge der Kampf gegen Pseudkunst und alle sonstigen Minderwertigkeitserscheinungen.

Der erste Vorsitzende der Reichsorganisation, E. Kimmich-Karlsruhe, sprach in längeren Ausführungen über die Entwicklung des Dentistenstandes und seine Bedeutung. Bei Gründung des Verbandes, im Jahre 1880, gab es in Deutschland nicht mehr als 450 Zahnärzte und rund 1000 Dentisten. Es steht fest, wie schon der starke Zuwachs seitens weitaus aller Kreise zeigt, daß die Förderung des Dentistenstandes, dessen Berufsausbildung dem Staate keinerlei Kosten auferlege, von volkswirtschaftlichen Standpunkt unbedingt notwendig ist. Die Reichsorganisation von 1911 habe es ermöglicht, daß die Dentisten heute mit allen deutschen Krankenkassen im Vertragsverhältnis stehen. Immer erneut werden von dieser Seite die dentistischen Leistungen anerkannt, was die Kreditwürdigkeit und Qualität der in eigenen Instituten gebotenen Ausbildung bemerke. Zurzeit bestehen 1077 Zahnkassen, die fast ausschließlich von der Reichsorganisation unterhalten werden und ihre als musterhaft anerkannten Einrichtungen der kostenlosen Behandlung unbemittelter Zahnkranke dienlich machen, in Berlin, Frankfurt, München, Kiel, Dresden, Weimar und Karlsruhe. Vor mehr als 15 Jahren wurde die staatliche Prüfung eingeführt.

Von den übrigen Reden, die bei der Kundgebung gehalten wurden, ist die Ansprache des Dresdener Stadtschulamtsrates Rüdiger bemerkenswert, der für den Ausbau der Zahnkassen in den Schulen unter Mithilfe der Dentisten eintrat. Genosse Geiler überbrachte die Grüße des VFA-Bundes und der Sozialdemokratischen Partei. Er würdigte den schweren Kampf, den viele Dentisten um ihren Beruf führten. Nach Vorträgen über die Grenzgebiete der Zahnheilkunde und Zahnhygiene hielt in der die Tagung abschließenden Hauptversammlung, die im wesentlichen der Behandlung von Berufs- und Organisationsfragen galt, Genosse Dentist Eugen Lehmann ein Referat über die Schulzahnkassen. Er führte u. a. aus, daß die Umwälzung, die sich auf wirtschaftlichem, technischem oder wissenschaftlichem Gebiete vollziehe, die dentistische Praxis nicht nach und nach zum Schwinden bringen müsse. In ihrer Stelle trete das Abhängigkeitsverhältnis zum Versicherungsträger, dem sich der Dentistenberuf immer mehr anpassen müsse, anderenfalls die Entwicklung über ihn hinweggehe. In Sachsen seien heute in 217 Orten bereits 191 Dentisten im Dienste der Schulzahnkassen tätig.

Partei-Nachrichten

Die Kaputtien und der Generalfreier. Das loeben erschienene Heft 11 der Zeitschrift 'Das Freie Wort' enthält einen Generalartikel an die Tage des Kampfes und des Generalfreier aus der Feder des Genossen Dietrich Köpfer. Das Heft enthält in dieser Nummer um die Vierhundert einleitend, um die Frage der Kandidatenaufstellung andererseits. Anschließend an einen Aufsatz in den letzten Nummern, der die Entsendung von mehr Juristen in den Reichstag fordert, wird die Frage der Qualifikation der Mandatsbewerber in weitem Umfang erörtert. Der Artikel behandelt naturgemäß die Entsendung über Vornamen und Finanzplan, das Verbleiben der allmählichen Uebernahme von Thomas Mann in das Lager des Sozialismus dargestellt an seinem neuen satirischen Sammelband 'Die Forderung des Tages'. Notizen verschiedener Art schließen das Heft ab. 'Das Freie Wort' erscheint wöchentlich und kostet monatlich, bei der Post bestellt 21 Pfennig. Einzelhefte sind zum Preise von 20 Pf. durch unsere Verlagsbuchhandlungen zu beziehen. Probeexemplare werden gratis und portofrei der Freie Wort-Verlag, Berlin SW., 68, Lindenstraße 3.

Aus dem Gerichtssaal

Religionsangelegenheiten der Arbeiter-Zeitung. Das Reichsgericht hat am Dienstag das freisprechende Urteil des Schwurgerichts Mannheim, vor dem sich am 11. Dezember 1929 der Schriftsteller Lucian Kallis der Mannheimer Arbeiterzeitung wegen Religionsangelegenheiten verantworten hatte, aufgehoben und die Sache zu neuer Verhandlung an die Reichskammer, diesmal aber an das Schwurgericht Heidelberg, zurückverwiesen.

Todesurteil. Das Schwurgericht in Ravensburg verurteilte den Baumeister Wilms Wiedmann aus Ulm, der angeklagt war, seine Frau ermordet zu haben, um sich in den Besitz der Lebensversicherungen zu setzen, zum Tode und Verfall der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebensdauer. Außerdem erhielt er wegen Mordkomplizenschaften ein Jahr drei Monate Gefängnis. Der Prozeß dauerte zwei Wochen.





Vortragsreihe beim Touristenverein „Die Naturfreunde“

Der letzte Vortrag der Vortragsreihe am 7. März behandelte das Thema: „Naturwissenschaft und Sozialismus“.

Lichtspiele

Die Lichtspiele zeigen ab heute im neuen Wochenplan einen reichhaltigen, spannenden Programmreichtum.

Konferenzen

Die Schiffschule und Konferenz für die Stadt Karlsruhe. Heute abend 8 Uhr wird Oberingenieur Friedrich Gertel im Konzeptsaal der Hochschule für Schiffbau eine großartige Vortragsreihe abgeben.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Ein großes Tief über Westeuropa beherrscht unsere Witterung. Die Windrichtung weht auf dem Atlantik fast ausschließlich keine nennenswerten Regen.

Schneebericht

18. März, morgens 8 Uhr. Regen, plus 3 Grad, Passatwinde, St. West, Regen, plus 6 Grad, Passatwinde, St. West, Regen, plus 8 Grad, keine Sportmöglichkeiten.

Briefkasten der Redaktion

Die Redaktion des Volksfreunds kann Sie erst erbalten, wenn Sie in den letzten zwei Jahren während 12 Wochen eine regelmäßige Tätigkeit ausüben.

Die Polizei berichtet:

Diebstähle. Aus dem Hof eines Restaurants in der Kaiserstraße entwendete ein unbekannter Täter am Montag abend ein Motorrad.

Ein Rad im gleichen Wert wurde einem Knechtling aus einem Keller der Südbühnen entwendet. Ein drittes Fahrrad im Wert von 30 M kam aus einem Wirtschaftsgarten in der Gerwigstraße abhanden.

Ein verheirateter Tagelöhner, der vergangene Nacht in der Kriegsstraße einen epietischen Anfall erlitt, verlor sich so am Unterarm, daß er von der Polizei zu einem Arzt gebracht werden mußte.

Erstwerte Körperverletzung. In der Nacht zum Montag erhielt ein 24 Jahre alter Maurer aus Daxlanden von einem gleichaltrigen Schlosser aus Mühlburg in der Kapellenstraße einen Schlag mit einem scharfen Gegenstand auf den Hinterkopf.

Betrug. Ein 56 Jahre alter Reisender beging einen Loosbetrug in Höhe von 45 M zum Nachteil eines Schneiders in der Kapellenstraße.

Unterdrückung. Am Samstag abend handelte ein Bahnarbeiter im Handgepäckaufbewahrungsraum des Hauptbahnhofs auf einen Gedächtnisirrtümlicher Weise ein falsches Gedächtnis, und zwar einen Handkoffer mit Kleidern und Wäsche, während das zuständige Stück nur aus einer alten Hemmappe von geringem Wert bestand.

Geftgenommen. wurden am gestrigen Tage 19 Personen wegen verschiedenen strafbaren Handlungen, darunter ein lediger Arbeiter, der am Montag im Beierheimer Wäldchen durch unfittliches Verhalten öffentliches Vergnügen erregt hatte.

St. Der Vermeister-Verein, Ortsverein Karlsruhe, hielt am 6. März seine Monatsversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Vorsitzende Kollege Stahl das Abschiedswort des Kollegen Oskar Müller, früher bei Firma Billing u. Soller, bekannt.

Die Besprechung konnte der Vorsitzende auch wieder einige Zuhörer beglückwünschen, es sind dies die Kollegen Friedrich bei Heid u. Neu für Zwölfjährige Verbandszugehörigkeit, Koll. Diebold bei Maschinenbau-Gesellschaft Karlsruhe für 40jähriges Dienstjubiläum und die Kollegen Beder, Dertel und Ernst Müller für 25jähriges Meisterjubiläum.

Der Vorsitzende, Kollege Stahl, gab das weitere bekannt, das Geschäftsführer Kollege Frickhuth vom 8. bis 20. März an einem Kurs bei der Hauptgeschäftsstelle Düsseldorf teilnehmen muß, die Vertretungen in dieser Zeit übernimmt in dringenden Fällen der Geschäftsführer Kollege Frickhuth vom 8. bis 20. März an einem Kurs bei der Hauptgeschäftsstelle Düsseldorf teilnehmen muß.

Deswegen soll man die Geschäftsstelle in Zukunft nur nachmittags in Anspruch nehmen. Hierauf erweist der Vorsitzende dem Kollegen Frickhuth das Wort zu seinem Vortrag: „Leitungen im Verbund“. Dieses sehr lehrreiche und aufklärende Referat fand bei den anwesenden Kollegen großes Interesse.

Der Referent, zum Schluß machte der Vorsitzende nochmals die Kollegen auf den in der am 1. April stattfindenden Monatsversammlung Vortrag des Herrn Oberinspektor Krause über „Angelegten- und Invalidenversicherung“ aufmerksam. Die Kollegen werden erucht, ihre in Händen befindlichen Angelegten- und Invalidenversicherungs-Quittungen mitzubringen.

Herr Oberinspektor Krause hat sich in liebenswürdiger Weise bereit erklärt, den Kollegen etwaige Fragen an Hand der Karten zu beantworten. Der Vorsitzende bittet um recht zahlreiches Erscheinen zu dieser Versammlung, auch die Frauen der Kollegen sind hierzu eingeladen. Hierauf schloß der Vorsitzende Kollege Stahl die sehr gut besuchte Monatsversammlung.

(1) Versammlung der Anzeigenden im Einzelhandel. Am Mittwoch, 19. März, abends 7.30 Uhr, spricht im Festsaal des „Friedrichshof“ wiederum der Leiter für Redakunst an der Universität München, Dr. Fritz Gerlach, und zwar diesmal über „Moderne Verkaufskunst“.

Dr. Gerlach hat sich im letzten Jahr nicht nur als ein großer Sachkenner, sondern auch als glänzender Redner gezeigt, der es verstanden, auf die über 1000 Anwesenden scheinbar zu wirken. Sicherlich haben alle, die im letzten Jahre seinen Vortrag besuchten, Wertvolles für die praktische Arbeit mitgenommen. Wir wünschen deshalb dem Vortrag einen guten Besuch. Der Eintritt ist frei.

Käppur. Generalsammlung des Bürgervereins. Am Samstag, den 8. März, hielt der Bürgerverein unseres vorwärtsstrebenden Vororts Käppur seine diesjährige Hauptversammlung im Saal „zum Baum“ ab, die sich eines sehr guten Besuches zu erfreuen hatte.

Diese gewiß ehrenvolle Tatsache dürfte auch der 1. Vorsitzende, Gemeindefreier Losch, in seiner kurzen Begrüßungsansprache, mit der er die Generalsammlung eröffnete, mit Genugtuung feststellen. Besonders erfreut sprach sich der Redner über die Anwesenheit der Stadträte Böhm und Schwan und des verbleibenden 1. Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft der Karlsruher Bürgervereine, Kraus, aus.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Versammlungsleiter der Vorredner, wobei sich die Anwesenden zum ehrenden Gedenken von den Täten erhoben. Zunächst erhielt der Schriftführer, O.M.R. Schellert, das Wort zur Erstattung des Tätigkeitsberichts, der einen recht interessanten Einblick in das erfolgreiche Wirken des Bürgervereins gewährte, zugleich aber auch beachtliches Zeugnis ablegte von dem fortschrittlichen Gemeinschaftsgeist, der die Bürger des Vororts befeuert.

Aus dem Bericht selbst ist zu entnehmen, daß der Bürgerverein am Schluß des abgelaufenen Geschäftsjahres 1929 einen Mitgliederstand von insgesamt 429 Personen hat. Der Bericht des 1. Vorsitzenden, Kollege Kraus, wies auf die in den Berichtsjahren stattgefundenen Besuche der Karlsruher Bürgervereine und die Kanaltotenbeiträge hin, die im vergangenen Berichtsjahre 1929 einen Mitgliederstand von insgesamt 429 Personen hat. Der Bericht des 1. Vorsitzenden, Kollege Kraus, wies auf die in den Berichtsjahren stattgefundenen Besuche der Karlsruher Bürgervereine und die Kanaltotenbeiträge hin, die im vergangenen Berichtsjahre 1929 einen Mitgliederstand von insgesamt 429 Personen hat.

Die Kanaltotenbeiträge der unangewandten Berührung sind diesen. Kleineren Wünschen wegen Einführung eines höheren Abendvertrages bzw. dessen Verlängerung wurde seitens der Stadterweiterung bereitwillig entsprochen. Aber bei allen Wünschen und Entschlossenheiten der Verkehrsverbände des Vororts wurde immer wieder betont, daß nur in der direkten Verbindung nach der Stadterweiterung durch Weiterführung der Straßenbahn nach Käppur eine enghellige und aufreiß-

bedrückende Lösung der Verkehrsfrage gefunden werden könne. Dem Bürgerverein vorgebrachte Beschwerden und Anregungen wurden, sobald sie als berechtigt und begründet angesehen werden konnten, den zuständigen Stellen unterbreitet. Zu dem beifällig aufgenommenen Tätigkeitsbericht gab der 1. Vorsitzende die erforderlichen Erklärungen, wobei er die Verkehrs- und Kanaltotenbeiträge die Hauptmerkmale des Vororts Käppur nannte.

Was die Kanaltotenbeiträge betrifft, so wird diese Angelegenheit nicht allein vom Bürgerverein Käppur, sondern hauptsächlich von der Arbeitsgemeinschaft der Karlsruher bzw. Vorortbürgervereine verfolgt. Was bis jetzt erreicht werden konnte, war das Zugeständnis der Stadterweiterung, in den eingemeindeten Vororten bei den allen Gebäuden nur die bebauten Frontlängen zu den Kanälen herbeizuziehen. Mit diesem minimalen Zugeständnis kann sich der Bürgerverein keineswegs zufrieden geben, vielmehr werde bis zum Ende des Jahres die bestmögliche Sache weitergeleitet.

Die in der letzten Versammlung, Erörterungen und Bemerkungen von Härten“ bedeuten in dieser Hinsicht weder einen nennenswerten Fortschritt noch werden sie den berechtigten Forderungen der Betroffenen gerecht. Der anlässlich eines Vortrages über die Kanaltotenbeiträge geäußerten Meinung, kein führender Träger der Innentätigkeit könne dem Anstehen der Vorortbewohner auf Herabsetzung der Kanaltotenbeiträge seine Zustimmung geben, müssen wir auch hier entschieden entgegenstellen, da wir zur Ehre der Innentätigkeit annehmen, daß eine Frage, die nur vom Standpunkt der Gerechtigkeit zu betrachten ist, auch dort rechtlich denkende Menschen finden wird; denn über den eigenen Interessen muß auch in unserer Zeit das Recht stehen.

Der Tätigkeitsbericht löste eine rege Diskussion aus, wobei die Ausführungen des Vorsitzenden fröhlich unterföhren wurden. Außerdem wurde betont, daß der V.B. Käppur seine bisher geübte strenge Neutralität auch weiterhin unbefristet weiter verfolgen wird. Nur gemeinsame Interessen sollen in Gemeinschaft mit der Arbeitsgemeinschaft der Bürgervereine getätigt werden. Nachdem der Bürgerverein Käppur einen höheren Beitrag für die V.B. leistet, wird eine bessere Ausgestaltung des Wäldes der strenger Beachtung der Ueberparteilichkeit als bald erwartet.

Die beiden anwesenden Stadträte nahmen in kurzen Ausführungen Stellung zur Tätigkeit des Bürgervereins, wobei sie zeigte, daß auch sie in der Zusammenarbeit aller die eines guten Willens sind, den besten Weg zur Lösung der schonenden kommunalpolitischen Fragen seien. Die vom Vorsitzenden bereits angebotene Frage einer besseren Abgrenzung der Käppur wurde von Herrn Stadtrat Böhm als eine sehr wichtige Angelegenheit bezeichnet, deren Lösung nicht zu lange hinausgeschoben werden sollte.

Der Rassenbericht selbste eine recht genaue Rechnungsabführung. Er schloß mit einem erfreulichen Ueberblick ab. Die sachgemäß ausgearbeiteten Beschlüsse und Anschließungsarbeiten wurden weiterbewertet. Der Vorsitzende der V.B. Käppur, Kollege Stahl, dankte für die wertvolle Arbeit. Die harmonisch verlaufene Generalsammlung habe bewiesen, daß in Käppur ein guter, vorwärtsstrebender Bürgergeist herrsche. Auch er sei für unbefristete Ueberparteilichkeit innerhalb der V.B. In jeder Arbeit wolle man allmählich das zu erringen suchen, was im Interesse der gesamten Bürgerschaft, der Vorort- und Karlsruher Vereine gelegen sei.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

- Mittwoch, den 19. März 1930, abends 8 Uhr, in der „Gambrius-Halle“ Bezirksversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Friedrich Heßler über „Die Entwicklung des modernen Proletariats“. 2. Wahl der Bezirksführer. Die Mitglieder werden zu zahlreichem Besuch eingeladen.
- Frauentagung für die Bezirke Beierheim, Sulach und Weisfeld. Der auf heute abend anberaumte Lesabend fällt infolge der am gleichen Abend stattfindenden Demonstration aus.
- Heute keine Nähabend.
- Sämtliche für heute abend anberaumte Nähabende fallen aus.
- Frauentagung. Die Genossinnen werden aufgefordert, sich an der am Dienstag abend stattfindenden Demonstration zu beteiligen. Sammeln der Genossinnen abends 7.30 Uhr beim Mühlburger Tor.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Kameraden! Die angelegte Demonstration findet am heute Dienstag, 18. März, statt. Antritt 7.45 Uhr am Mühlburger Tor (Hildesheimerstraße), Dienstag Banner und Spielzeuge zur Stelle. Kameraden, erscheint vollständig!

Dereinsanzeiger

- Freie Turnerschaft. Die Turnhalle für Turner fällt heute abend aus. Zweites Treffen am Fackelzug treffen sich alle Vereinsmitglieder um 7 Uhr im Lokal „Gambrius-Halle“. 2460
- Koltschmannakademie. Mittwoch, 19. März, Frauenprobe. Donnerstag, 20. März, Männerprobe, jeweils 8.30 Uhr im Konzerthaus.
- Naturfreunde-Zugend. Heute abend punkt 7.30 Uhr, Treffpunkt im „Gambrius“ (Ludwigsplatz) zum Fackelzug. 2455
- Arbeiter-Sportartell Karlsruhe. Heute abend Beteiligung der uns angeschlossenen Vereine am Fackelzug. Die Vereinsfunktionäre treffen sich zur Empfangnahme der Vorverkaufsstellen zur Festhalleneröffnung sowie der Werbeblätter hierzu um 7 Uhr in der „Gambrius-Halle“. 2463
- Stadtausflug für Arbeiterport und Jugendpflege. Kommenden Donnerstag, 20. März, abends 7 Uhr, Ausflugsfahrt. Ab 8 Uhr Teatinerführung. Tagesordnung: Reichsarbeiterport. Alle Teatiner unserer Vereine müssen anwesend sein. (Volksbau.) 2409
- Wassersportverein. Die Verammlung der Paddelabteilung findet erst am 25. März statt. Es beteiligen sich heute abend alles am Demonstrationszug. 2461 Der Vorstand.
- Durlach, Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Die Ortsgruppe beteiligt sich heute abend an der Demonstration in Karlsruhe. Antritt 7.30 Uhr an der Straßenbahnhaltestelle Bahnhof. 770
- Gedekreditor: Georg Schöppel. Verantwortlich: Volpert, Breißler, Baden, Volksfreund, Aus aller Welt, Letzte Nachrichten: S. Gräber, Durlach, Karlsruhe, Gewerkschaftliche, Aus der Partei, Kleine lokale Chronik, Aus Mittelbaden, Durlach, Gerichtssetzung, Reaktionen, Frauenbeilage: Hermann Winter; Karlsruher Chronik, Gemeindepollist, Soziale Rundschau, Sport und Spiel, Sozialistisches Jugendwerk, Selma und Wandern, Briefkasten: Josef Eisele. Verantwortlich für den Anzeiger: Günther Krüger. Esmilische Wohnhaft in Karlsruhe in Baden. Druck u. Verlag: Volksfreund, Volksfreund u. M.D.S., Karlsruhe.



# Hier kaufen wir!

**Ihre helle Freude** hat die Hausfrau an Aluminiumgeschirr **Edmund Eberhard Nachr.** Ludwigplatz

**Erstaunlich die Qualität** und dennoch preiswert bei **A. Schulze**, Schützenstraße 57. Kein Laden!

Unsere **AKten Mappen** sowie sämtliche **Reise-Artikel** und **Lederwaren** bei **Geschw. Lämmle**, 51 Kronenstraße 51

**Radio** Apparate und sämtliche **Zubehör-Teile** nur beim **Radio-König**, Kaiserstraße 112

**Inserate bringen immer Gewinn!**

**Ich komme nicht in Verlegenheit** wenn sich mir ein schönes Motiv bietet **Ich habe ihn immer bei mir** Selbstgemachte Aufnahmen sind die schönsten Erinnerungen. Preiswerte Apparate in großer Auswahl und sämtl. Bedarfsartikel finden Sie stets bei mir

**Carl Roth, Drogerie** Foto-Spezialabteilung, Herrenstraße 26/28

**Damenstoffe, Herrenanzugstoffe, Wäschestoffe**

**Wilh. Braunagel**, Herrenstraße 7

Bei nur 10 bis 30 Mk. Anzahlung erhalten Sie bei mir ein Markenrad bei wöchentl. Raten v. 5-5 Mk. **Fahrradhaus Dürringer**, Kronenstraße 27

**Wäscheausstattung**

**PAUL RÖDER NACHF.** JENNY HOMBURGER

**Ihre Freude** ist Ihr jüngstes, Ihr Stolz aber unser **Kinderwagenhaus** **Weber**, Ecke Wilhelm- u. Schützenstraße

**Damenwäsche** in reicher Auswahl

Leser des „Volksfreund“ berücksichtigt beim Einkauf unsere Inserenten!

**Von der Reise zurück!**

**Frau Dr. Elisabeth Kahn-Wolz**  
**Dr. Eduard Kahn**  
prakt. Arzt  
STEFANIENSTRASSE Nr. 25

**Versammlung der Angestellten des Einzelhandels**

Am Mittwoch, den 19. März, abends 7 1/2 Uhr

Spricht im Festsaal des „Friedrichshof“, Karlsruhe, Karl-Friedrich-Straße 28, der Redner für Reduktion an der Unterseite München, Herr Dr. Georg Gerathemohr, über das Thema:

**Moderne Verkaufskunst**

Hierzu laden wir alle unsere Mitglieder, besonders aber alle Einzelhandelsangestellten zum Besuche ein. Eintritt frei!

**Zentralverband der Angestellten Ortsgruppe Karlsruhe**

## Gaggenauer Anzeigen

**Betr. Freiwilliger Besuch von Gewerbe- und Handelschulen sowie von gewerblichen Fortbildungsschulen.**

Für den Besuch von Fachschulen gelten mit Wirkung von Oktober 1930 folgende Bestimmungen:

„Zum freiwilligen Besuch der Handels- und Gewerbeschulen sind — unter gewissen Bedingungen, die vom Leiter der betreffenden Fachschule zu prüfen sind, auch solche Fortbildungsschulpflichtigen auszuwählen, welche nach einer Bescheinigung ihrer Erziehungsberechtigten einen gewerblichen, kaufmännischen oder freiberuflichen Beruf erlit weiter erarbeiten wollen, weil für sie ausbländlich eine Lehrstelle oder eine kaufmännische Beschäftigung nicht gefunden werden kann, oder weil gesundheitliche oder familiäre Gründe einen früheren Eintritt in die Lehre ratlos erscheinen lassen. Ferner können auf Grund einer entsprechenden Bescheinigung der Erziehungsberechtigten auch solche Fortbildungsschulpflichtigen in die Handels- bzw. Gewerbeschule zugelassen werden, die in einem kaufmännischen, gewerblichen oder freiberuflichen Betrieb nur nebenber tätig sind, z. B. zur Mithilfe beim Verkauf oder bei der Buchführung (vor allem Mädchen, die im übrigen im elterlichen Hause tätig sind).“

Der Eintritt von freiwilligen Schülern in die gewerbliche Fortbildungsschule kann nur dann erfolgen, wenn der Eintritt in eine Lehrstelle später beabsichtigt ist.

Die Entscheidung über die Aufnahme von Fortbildungsschulpflichtigen in die Gewerbe- und Handelschulen sowie die gewerblichen Fortbildungsschulen ist Sache der Leiter dieser Schulen. Gemäß § 8 des Fortbildungsgesetzes rufen für die Fortbildungsschulpflichtigen, die eine Gewerbe- oder Handelschule oder gewerbliche Fortbildungsschule besuchen, die Verpflichtung zum Besuch der allgemeinen Fortbildungsschule kraft Gesetzes. Zur Kontrolle darüber, ob eine Vertretung vom Besuch der Fortbildungsschule eingetretet ist, genügt für die Schulbehörden der Fortbildungsschule, die in jedem Falle ohne besonderen Auftrag sofort zu erhaltende Mitteilung der Leiter der Gewerbe- und Handelschulen oder der gewerblichen Fortbildungsschulen, daß die Aufnahme in diese Schule erfolgt ist. Das Ausbleiben eines freiwilligen Schülers von Fortbildungsschulpflichtigen Alter ist ebenfalls den Schulbehörden der Fortbildungsschule sofort anzuzeigen.

Die auf Grund vorstehender Bestimmungen als freiwillige Schüler aufgenommenen Fortbildungsschulpflichtigen Mädchen haben, sofern an den Gewerbe- oder Handelschulen oder an den gewerblichen Fortbildungsschulen praktischer Unterricht in Hauswirtschaftslehre nicht erteilt wird, am praktischen hauswirtschaftlichen Unterricht der Mädchenfortbildungsschule teilzunehmen. Ob in einer Gewerbe- oder Handelschule oder in einer gewerblichen Fortbildungsschule solcher Unterricht erteilt wird, können die Schulbehörden der Fortbildungsschulen nötigenfalls durch eine Nachfrage bei diesen Schulen feststellen.“

Gaggenau, den 15. März 1930.

**Der Bürgermeister**  
**Schneider**

**Bücher sind Freunde**

**Feierstunde zum Tag des Buches 1930**

am 22. März, abends 8 Uhr im kleinen Saal des Städt. Konzerthauses

**Proletarisches Dichten u. Denken das sozialistische Buch heute und in der Zukunft!**

Mitwirkende: **Elly Schwab-Schneider, Hermann Stenz, das Stark-Sireich-Quartett, Ewald Oberschelp, Egon A. Joos**

Karten und Programm sind zum Preise von 30 Pfennig in der Volksfreund-Buchhandlung, Waldstraße 26 und im Zigarrenhaus Töpfer, Kriegsstraße 3a, erhältlich. - Erwerblose erhalten gegen Vorzeigen des Ausweises die Eintrittskarte kostenlos

**Badisches Landestheater**

Dienstag, 18. März

8 Uhr

**Neu inszeniert:**

**Der Zigeunerbaron**

Operette von Johann Strauß

Dirigent: Krips

Regie: Nummernmann

Mitwirkende: Hans, Hübner, Grünwald, Seyfert, Bieker, J. Gschlinger, Kaufmännischer, Reutling, Reiter, Schepplin, G. Gschlinger, Kition, Lindemann, Schäfer

Anfang 1929, Uhr Ende gegen 22 1/2 Uhr

Brettle C (1.00-7.00, 4)

**Zur Aufklärung!**

Der freigebergesellschaftlich organisierte Orchester- und Chorleiter **Waldbas** leitet die Kapelle an der Spitze des Demonstrationenjugends heute abend.

247

Von gut fundierter Genossenschaft gen. beste Sicherheit

**8-10000 RM.** auf ein Jahr zu leihen gel. Weh. Ang. u. Nr. 746 an d. Volksfreundbüro.

**Billige Herrenstoffe**

Bequeme Teilzahlung

Große Auswahl Auf Wunsch Maß-Anfertigung

Gut sitzende Maß-Anzüge schon v. 55.-Mk. an

**Stoff-Vertrieb** Kaiserstr. 203 Karlsruhe

**Streich-Häkelwolle**

empfehlen in großen Farbsortimenten und Mustervorlagen

**Rudolf Wieser** Kaiserstraße 225

**Betr. Friedhofsgestaltung.**

Schon seit einigen Jahren bemüht sich die Stadtbauverwaltung, um einen geeigneten Bildbauer in Gaggenau anlässlich zu machen, damit die aus dem Friedhof zur Erhaltung kommenden Grabdenkmäler im Sinne der erwünschten Friedhofsgestaltung durchgeführt werden. Nicht zuletzt soll aber auch dadurch erreicht werden, daß nicht nur die Durchführung, sondern auch die Aufführung der Grabsteine eine solche ist und die Kreise sich in einem gewissen Grenzen bewegen. Es hat sich nunmehr Bildbauer Johann Kiehl, der in der Michelbacher Straße beim neuen Friedhof ein Wohnhaus erstellt und eine Bildbauerwerkstätte einrichtet, hier niedergelassen, was ihn hiermit zur öffentlichen Kenntnis bringe.

Gaggenau, den 15. März 1930.

**Der Bürgermeister**  
**Schneider**

**Wer nimmt einen Jungen Mann, 21 J., gel. Haar, mit Lehrprüfung, Arbeits- und Vermögensgegenstand, hochbetragende, gleichmütiger Art. Ang. u. Nr. 2443 an das Volksfreundbüro**

**Lehrstelle-Gesuch.** Suche für meinen Sohn, 18 Jahre alt, groß und kräftig, der noch 1 Jahr zu lernen hat, eine Metzgerlehre. Angebote unter 2444 an d. Volksfreundbüro

**Wid. je 2 Volllertel und Stühle, billig zu verk. Wo? zu erl. unter Nr. 255 im Volksfreundbüro.**

**Kotlergrammophon** billig zu verkaufen 6 Inst. Nr. 7 III, L. 31261

**Bücher** unt. halb. Preis zu verk. 22. Gsch. Brunnenstr. 5. Franzos. Gsch. Vortent. 7.

**Jetzt soll man Früchte essen!**

Beginnen Sie jetzt mit der

**Orangenkur**

Süße, blonde Orangen

3 Pfd. 60 Pfg.

ovale, Blut

3 Pfd. 85 Pfg.

Goldgelbe Bananen

1 Fund 50 Pfg.

**Pfannkuch**

5% Rabatt

**Collofleum**

Heute 8 Uhr Das auserlesene bunte

**Revue-Programm** mit Varietè-Einlagen

Sonntags 3 u. 8 Uhr

**Hochpreis-Gehrod-Kuzug**, fast neu, keine Schneiderei, in Stoff für große Fig., mittell. für 50-Mark abzugeben

Portfr. 37, part. Unts